

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 4 (1975)
Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (01) 47 75 30
Abonnemente: pro Jahr Fr. 15.- (Ausland Fr. 18.-)
Inserate: Mosse-Annellen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00

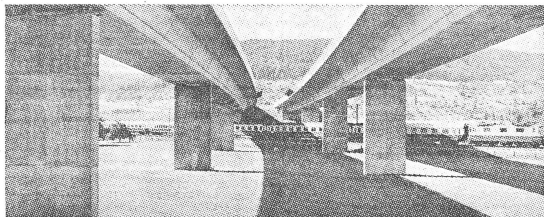
Auflage dieser Nummer
25 500 Preis Fr. 1.50

«das Konzept» sprach mit Bundesrat Ritschard über Verkehrs- und Energiepolitik

Man müsste ab und zu mal die Regierung zum Teufel jagen können

Volkssnah, dynamisch, bekannt für seine würzigen Ansprüche, Gewerkschafterlaufbahn, Regierungsrat, später von der bürgerlichen Mehrheit der Bundesversammlung als SP-Bundesrat gewählt, das ist in Stichworten das Image von Willi Ritschard, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements. «das Konzept» wollte dem Enfant terrible im Bundesrat auf den Zahn fühlen. Beat Schweingruber und Pierre Freimüller unterhielten sich mit ihm über

einige aktuelle Probleme der Verkehrs- und Energiepolitik. Besonders interessierte sie, wie der «ungewöhnliche Bundesrat» sich zum wachsenden Interesse und gleichfalls wachsenden Unbehagen der Bevölkerung zu diesen Fragen stellt, wieweit er hier die Demokratie schweizerischer Prägung noch als hinreichend betrachtet und ob «Demokratisierung» für einen, den die altbewährten Strukturen zum Erfolg gebracht haben, noch etwas bedeutet.



Der Kluge fährt im Zuge... und investiert in die Strasse!

«das Konzept»: Einer von uns beiden ist heute mit dem Auto, der andere mit dem Zug nach Bern gereist. Der Kluge, der im Zug gekommen ist, hat sich während der Reise ausrechnen können, dass er, über den Daumen gepeilt, 30 bis 40mal weniger Energie verbraucht hat als der Autofahrer. Sind Sie der Auffassung, dass angesichts dieser Tatsache die freie Wahl des Verkehrsmittels heute noch uneingeschränkt gelten kann, oder wären da nicht vielmehr gewisse Lenkungsmaßnahmen am Platz?

Das Auto soll seine Kosten zahlen

Ritschard: «Verkehrsteilung» vor, sondern ich fürchte sehr, dass es ausserordentlich schwerhalten würde, im Personenverkehr die Menschen zu zwingen, ein bestimmtes Transportmittel zu benutzen. Ich glaube, dass es ein Stück Freiheit ist, zu wählen, ob man das Auto oder das öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Hingegen glaube ich, dass eine gewisse Lenkung vor allem dadurch erfolgen muss, dass man dem Auto die vollen Kosten auflädt, die es verursacht, und zwar nicht nur für den Bau der Strassen. Wenn das Auto die vollen Kosten bezahlen muss, dann wird der öffentliche Verkehr auch billiger und konkurrenzfähiger als heute. Es geht ja eine Studie Wittmann, die zwar zum Teil angefochten wird und

privater Natur ist, die aber zum Schluss kommt, dass das Auto ungefähr eine Milliarde Franken Kosten, die es verursacht, nicht bezahlen muss. Dabei sind die Folgen der Verkehrsunfälle berücksichtigt. Diese Studie wird gegenwärtig in meinem Auftrag bearbeitet. Das Eidgenössische Statistische Amt arbeitet an den Grundlagen zur Ermittlung dessen, was an der Studie Wittmann quantifizierbar ist.

Gehören dazu auch die Kosten, die etwa auf der Seite der Umwelt oder der Lebensqualität erwachsen? In der Wittmann-Studie wurden ja nur diejenigen Kosten mitgerechnet, die mit traditionellen volkswirtschaftlichen Mitteln mehr oder weniger erfassbar sind. Das wird nicht der Fall sein. Wir berücksichtigen nur die in der Wittmann-Studie enthaltenen Elemente. Die Umweltbelastung – der Lärm, unter dem Tausende zu leiden haben, die Abgase und das alles – ist sicher schwierig quantifizierbar. Aber es wäre zum Beispiel denkbar, dafür in Form einer Umweltbelastungssteuer, die man auf dem Benzin erheben könnte, dem öffentlichen Verkehr wieder etwas zuzumessen lassen. Denken Sie an so etwas?

Die Umweltbelastung kann man ja nicht erkaufen. Man muss Autos produzieren, die eben die Umwelt mit Lärm und Abgasen belasten. Das wird sich schliesslich im Preis des Autos niederschlagen. Uns nutzt das nämlich nichts, wenn wir viel Geld haben, aber keine Luft mehr, die wir atmen können.

Öffentlichen Verkehr attraktiver machen

Da kommen wir wieder auf die freie Wahl des Verkehrsmittels zurück. Wir meinen damit auch nicht ein Verbot des Autofahrens, sondern eine erhebliche Verschiebung des Attraktivitätsgefülles. Es ist ja für die meisten Leute wesentlich attraktiver, Auto zu fahren, es ist zum Teil billiger, man hat die besseren Verbindungen, man hat mehr Möglichkeiten. Wir meinen, dass man durch eine aktive Verkehrspolitik ganz gezielt dieses Gefälle zugunsten des öffentlichen Verkehrs verschieben muss. Das beinhaltet das Niedrighalten der Tarife, das beinhaltet Prioritätsverschiebungen bei den Investitionen für den Ausbau usw. Welche Vorstellungen haben Sie auf diesem Gebiet?

Nach meiner Meinung krankt unsere Verkehrspolitik daran, dass wir für den Verkehr zwei Infrastrukturen haben: die

Betrifft:
Schwangerschaftsabbruch
Weitere Berichte dokumentieren die Ohnmacht der Frauen in einem Wald von Paragraphen, die die Männer aufgestellt haben Seite 3
Die Reichen müssen noch reicher werden!
Für Klaus Staeck, den deutschen Polit-Plakat-Macher, verbinden sich künstlerisches Engagement und politische Aussage Seite 5
Wie einer zum Verbrecher wird...
Im neuen Schweizer Film «Fluchtgefahr» wird die Realität des Strafvollzugs schonungslos aufgedeckt Seite 7
Lebende Leichname
Nach dem Tode weiterleben? Für Fr. 350.- sind sie dabei! Seite 7
Die Macht des Dorfbonzen
Sind die Kulaken der Dritten Welt zukünftige Bündnispartner der reichen Industrieländer? Seite 9
Einem Teil dieser Auflage liegt ein Prospekt des Deutschen Taschenbuch-Verlages bei.

Sind Bundesräte Papiertiger?

«Wenn ein solches Interview zu Ihrem Seelenheil beiträgt, so möchte ich Ihnen nicht davor stehen!» schrieb uns Bundesrat Ritschard, als wir ihn um ein Gespräch baten. Die Tür stand offen, wir haben sie eingeirramt.

Denn: Bundesräte soll man ja als Personen nicht überschätzen, sie sind ja nur die Spitze des Eisbergs einer ganzen Institution, gewissermassen Galionsfiguren eines Systems, das bürgerlicher Staat heisst.

Bundesrat Ritschard scheint sich dessen eingewissenen bewusst zu sein: «Wir haben eben einen bürgerlichen Staat, mit dem Willen des Volkes haben wir einen bürgerlichen Staat», sagte er mir privat. Dieser Satz erscheint mir allerdings nicht mehr im Text des Gesprächs.

Gerade in der Verkehrs- und Energiepolitik stellen sich heute eine ganze Reihe langfristiger und grundsätzlicher Probleme: Der Energiekonsum droht ins Unendliche zu steigen, schwerwiegende Engpässe sind bereits abzusehen. Unsere Umwelt ist von den Folgen dieses Energieüberkonsums bedroht: Kernkraftwerke bringen Atomwärm, erhöhen die Flüsse und die Atmosphäre. Unsere Süde und Landschaften gehen an einer verkehrten Verkehrsplanung langsam aber sicher zugrunde. Bundesrat Ritschard hat Verständnis für diese Probleme. Dafür muss man ihm Anerkennung zollen.

Andererseits fällt einem jedoch auf, dass es an Vorstellungen, wie man es auf diesem Gebiet grundsätzlich anders machen könnte, beim Bundesrat weitgehend zu fehlen scheint. Im Bundeshaus scheint man die Gegenwart erst zu nehmen als die Zukunft.

Um diese Gegenwart zu bewältigen, vertraut man bewährten Gremien – mehr oder weniger sachkundig und mehr oder weniger schwerfällig – die dann schon eine Lösung herausfinden werden. Das Laufgüter ist schwierig zu verlassen, wenn man in ihm gross geworden ist.

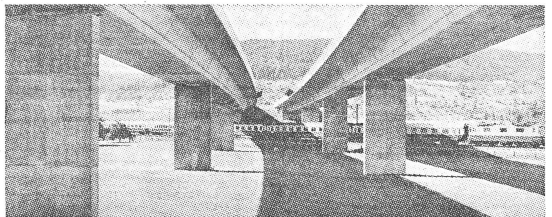
Konzeptionen, und zwar grundsätzliche, wären dringend vonnöten. Man

wolle – in der Regierung, im Volk – mindestens wissen was a man tut, auch wenn das Falsche tut. Damit man nicht noch einmal ein Nationalstrassennetz plant ohne sich über die Folgen Rechenschaft abzulegen. Bundesrat Ritschard ist da aus resignter: «Immer dann, wenn man vor Einzelproblemen erschrickt, dann wird in der Schweiz nach Konzeptionen gerufen. (...) Bevor das Wissenschaftler möglichst kompliziert aufgeschrieben haben und bevor es in Schweinsteder gebunden ist, wird das in diesem Lande nicht geglaubt», sagte er uns in einem Teil des Gesprächs, der hier nicht wiedergegeben wurde. Und: «Vielleicht bin ich zu stark Pragmatiker oder zu sehr Praktiker.»

Doch nicht nur Konzeptionen brauchen wir, wir brauchen auch Demokratie. Das Volk fühlt sich von der Verkehrs- und Energiepolitik betroffen – die zahlreichen Initiativen, Petitionen und Protestkundgebungen zu Strassen- oder Atomkraftwerkbauten z. B. zeigen das deutlich. Doch mitreden kann es nur sehr beschränkt: «Sie können doch eine Initiative lancieren», ist hier eine ausweichende Antwort, wenn dieses Mittel offensichtlich dem Problem nicht mehr gewachsen ist. Oder wird etwa das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht gebaut, weil die Bevölkerung dagegen ist, wird in Bern oder in Zürich auf die Stadtbevölkerung verzichtet, weil die Stadtbevölkerung ihrer Missbilligung Ausdruck gegeben hat? Alternativen sind hier nicht einfach aus dem Ärmel zu schütteln, aber vielleicht könnten auch diejenigen, die von unserer «Demokratie» in hohe Ämter befördert wurden, sich einmal mit dem Ausbau (oder der Verwirklichung!) der Demokratie auseinandersetzen. Vorrangig. Immerhin meinte sogar Willy Brandt: «Wir wollen mehr Demokratie wagen.»

«In diesem Lande ist nicht der Bundesrat die Regierung! Die entscheidenden Weichen, die stellt das Volk.» Soweit Willi Ritschard. Andererseits bestätigt derselbe Willi Ritschard, dass Abstimmungen am besten gewinnen kann, wer am meisten Geld hat. Wer regiert denn wirklich in diesem Land, Herr Bundesrat?

Noch einmal Willy Brandt: «Politik, das ist der Spielraum, den die Wirtschaft, ihr lässt.» Zufall, dass beide Willy heissen? Pierre Freimüller



Der Kluge fährt im Zuge... und investiert in die Strasse!

«das Konzept»: Einer von uns beiden ist heute mit dem Auto, der andere mit dem Zug nach Bern gereist. Der Kluge, der im Zug gekommen ist, hat sich während der Reise ausrechnen können, dass er, über den Daumen gepeilt, 30 bis 40mal weniger Energie verbraucht hat als der Autofahrer. Sind Sie der Auffassung, dass angesichts dieser Tatsache die freie Wahl des Verkehrsmittels heute noch uneingeschränkt gelten kann, oder wären da nicht vielmehr gewisse Lenkungsmaßnahmen am Platz?

Das Auto soll seine Kosten zahlen

Ritschard: «Verkehrsteilung» vor, sondern ich fürchte sehr, dass es ausserordentlich schwerhalten würde, im Personenverkehr die Menschen zu zwingen, ein bestimmtes Transportmittel zu benutzen. Ich glaube, dass es ein Stück Freiheit ist, zu wählen, ob man das Auto oder das öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Hingegen glaube ich, dass eine gewisse Lenkung vor allem dadurch erfolgen muss, dass man dem Auto die vollen Kosten auflädt, die es verursacht, und zwar nicht nur für den Bau der Strassen. Wenn das Auto die vollen Kosten bezahlen muss, dann wird der öffentliche Verkehr auch billiger und konkurrenzfähiger als heute. Es geht ja eine Studie Wittmann, die zwar zum Teil angefochten wird und

privater Natur ist, die aber zum Schluss kommt, dass das Auto ungefähr eine Milliarde Franken Kosten, die es verursacht, nicht bezahlen muss. Dabei sind die Folgen der Verkehrsunfälle berücksichtigt. Diese Studie wird gegenwärtig in meinem Auftrag bearbeitet. Das Eidgenössische Statistische Amt arbeitet an den Grundlagen zur Ermittlung dessen, was an der Studie Wittmann quantifizierbar ist.

Gehören dazu auch die Kosten, die etwa auf der Seite der Umwelt oder der Lebensqualität erwachsen? In der Wittmann-Studie wurden ja nur diejenigen Kosten mitgerechnet, die mit traditionellen volkswirtschaftlichen Mitteln mehr oder weniger erfassbar sind. Das wird nicht der Fall sein. Wir berücksichtigen nur die in der Wittmann-Studie enthaltenen Elemente. Die Umweltbelastung – der Lärm, unter dem Tausende zu leiden haben, die Abgase und das alles – ist sicher schwierig quantifizierbar. Aber es wäre zum Beispiel denkbar, dafür in Form einer Umweltbelastungssteuer, die man auf dem Benzin erheben könnte, dem öffentlichen Verkehr wieder etwas zuzumessen lassen. Denken Sie an so etwas?

Die Umweltbelastung kann man ja nicht erkaufen. Man muss Autos produzieren, die eben die Umwelt mit Lärm und Abgasen belasten. Das wird sich schliesslich im Preis des Autos niederschlagen. Uns nutzt das nämlich nichts, wenn wir viel Geld haben, aber keine Luft mehr, die wir atmen können.

Öffentlichen Verkehr attraktiver machen

Da kommen wir wieder auf die freie Wahl des Verkehrsmittels zurück. Wir meinen damit auch nicht ein Verbot des Autofahrens, sondern eine erhebliche Verschiebung des Attraktivitätsgefülles. Es ist ja für die meisten Leute wesentlich attraktiver, Auto zu fahren, es ist zum Teil billiger, man hat die besseren Verbindungen, man hat mehr Möglichkeiten. Wir meinen, dass man durch eine aktive Verkehrspolitik ganz gezielt dieses Gefälle zugunsten des öffentlichen Verkehrs verschieben muss. Das beinhaltet das Niedrighalten der Tarife, das beinhaltet Prioritätsverschiebungen bei den Investitionen für den Ausbau usw. Welche Vorstellungen haben Sie auf diesem Gebiet?

Nach meiner Meinung krankt unsere Verkehrspolitik daran, dass wir für den Verkehr zwei Infrastrukturen haben: die

Bahn und die Strasse. Wir haben auch nicht zwei Wasserversorgungen und auch nicht eine Kanalisation für den Sonntag und eine für den Werktag. Der Mangel liegt darin, dass für den Ausbau der Strassen das Geld zu Verfügung steht, da laufend «weckbestimmte Einnahmen durch die Benzinölzuschläge vorhanden sind. Der öffentliche Verkehr hingegen muss aus den Steuererträgen finanziert werden.

Sie haben auch schon angedeutet, dass eine falsche Investitionspolitik betrieben wird. Wie müsste eine vernünftige Politik aussehen?

Ich würde vor allem die Zweckbindung des Benzinölzuschlags für den Strassenbau aufheben.

Weshalb? Der Bund die 2.7 Milliarden Bundesverschuss an den Nationalstrassenbau zurückfordern würde?

Diese werden jetzt auch zurückbezahlt. Im Vorschlag dieses Jahres sind etwa 500 Millionen drin, die an diese Schuld zurückbezahlt werden. Jede Zweckbindung von Zöllen ist problematisch. Nicht wahr, man braucht den Zölle auch nicht für die Bekämpfung von Zahnkaries und den Tabakzoll auch nicht für die Bekämpfung von Lungenkrebs.

Besteht eine gewisse Schwierigkeit nicht auch darin, dass Verkehrsplanungsmassnahmen oder Vorschriften in diesem Zusammenhang heute von drei Departementen kommen, nämlich von Innern für den Nationalstrassenbau, von Ihrem Departement (für die Eisenbahn) und noch zu einem gewissen Teil vom Justiz- und Polizeidepartement. Von ausser her gesehen, bekommt man den Eindruck, dass man sich da schon manchmal ein bisschen in die Beine schiesst und dass Massnahmen einander zuwiderlaufen. Wird zur Überwindung dieses Zustandes etwas ins Auge gefasst?

Doch, das ist im Bericht der Kommission Huber über die Reorganisation der Bundesverwaltung enthalten. Das entsprechende Gesetz ist vom Bundesrat verabschiedet und wird jetzt den eidgenössischen Räten zugewendet. Da ist vorgesehen, dass der Verkehr in seiner Gesamtheit, also Strasse und Schiene, in meinem Departement, wie übrigens auch der Hochbau, konzentriert wird.

Über den Verkehr Raumpolung betreiben

Sie haben vorhin von Tarifgesprächen gesprochen, und Sie haben auch schon geäußert, es könne zum Beispiel für die Bewohner eines abgelegenen Dorfes notwendig sein, dass sie auf das Auto zählen können. Wir würden meinen, dass angesichts eben der sozialen Folgen und der Umweltfolgen des Autos auch auf der Erschliessungsseite gewisse Massnahmen getroffen werden sollten. Dass man also die Standortgunst der grossen Zentren nicht laufend erhöhen sollte, wenn das heute im Vordergrund stehende Raumpolungsgesetz «dezentralisierte Konzentration» fördern möchte. Danach sollten die grossen Ballungszentren nicht weiter

wachsen, sondern das Wachstum sollte auf bisher weniger entwickelte Gebiete verlagert werden. Doch die Verkehrspolitik läuft dem praktisch zuwider. Autobahnen werden da gebaut, wo bereits grosse Verkehrsaufkommen sind; eine Schnellbahn Bern-Zürich würde wieder die Ballungszentren Bern und Zürich fördern, und dies in einem Moment, da vielleicht Aarau, Brugg, Burgdorf, also Kleinstädte, gefördert werden sollten. Dieser Widerspruch entsteht daraus, dass die Verkehrspolitik nach dem Prinzip der Nachfrageplanung arbeitet, obwohl die Raumpolung hier eigentlich steuern sollte.

Ich betrachte den Verkehr als eine Ergänzung zur Raumpolung. Man müsste ein raumplanerisches Instrumentarium haben, um diese Dezentralisierung zu fördern. Da ist ohne Zweifel der Verkehr ein sehr wichtiges Element. Die Verkehrsader zur Grossstadt werden sie natürlich nicht unterbinden können. Man muss mit raumplanerischen Mitteln die weitere Vergrößerung der grossen Agglomerationen verhindern. Ich glaube nicht, dass das über den Verkehr geht. Sie sehen also keine Möglichkeit, Verkehrspolitik als Raumpolungspolitik einzusetzen, was Sie meinen?

Ich betrachte sie als eines der Mittel für die Raumpolungspolitik. Aber ich meine, dass ein Raumpolungsgesetz das Instrumentarium schaffen müsste. Aber gerade dafür ist ja im Raumpolungsgesetz...

...bis jetzt noch wenig Raum vorhanden...
...um dieses Leitbild durchzusetzen.
Leider.

Verkehr, wo man ihn möchte

Die heute praktisch einzige wirksame Massnahme, die seit Jahren ergriffen wird, ist eben die Verkehrspolitik. Sie hat raumplanerische Auswirkungen, ob man das will oder nicht.

Wir führen gegenwärtig gerade Diskussionen wegen der Fahrplänezeiten. Da kommen laufend Rekurse wegen der Schnellzugshalte. Und ich würde glauben, dass die Schnellzugshalte etwas sein können, was ein Regionalzentrum aufwertet. Sie haben vorhin die Schnellbahn-Zug erwähnt. Wir denken im Moment überhaupt nicht daran, diese Schnellbahn zu bauen; es geht nur darum, das Trasse freizuhalten. Die Raumpolung will ja nicht die Grossstädte beseitigen, deshalb denke ich, dass wir diese Verbindungen nötig haben. Dies um so mehr, als der Luftverkehr für kurze Distanzen, unter 500 km ungefähr, in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein wird wegen der Umweltbelastung und wegen der Überlastung der Flughäfen. Die Städteverbindung per Zug, die wird wichtig werden. Es geht nicht darum, die Städteverbindungen abzuschaffen oder zu verschlechtern, aber es ist die Frage, wo investiert man jetzt. Investiert man da, wo

eine Verkehrsnachfrage ist, oder investiert man da, wo man den Verkehr hinlenken möchte?

Das SBB-Netz ist gegeben. Die SBB haben im Moment eigentlich nur Kapazitätsengpässe für den Güterverkehr. Und die Investitionspolitik der SBB, die geht in erster Linie in Richtung Beseitigung dieser Engpässe. Von einer Vorstellung muss man sich jedoch auch lösen: In diesem Land verkehren 1.7 Millionen Personenaufomobile. Die werden sie nie abschaffen. Und für viele Menschen – ich denke an jene, die in den dichtbesiedelten Agglomerationen wohnen – ist das Auto ein Stück Lebensqualität (sie können am Freitagabend ins Grüne fahren). Man wird mit Hilfe des öffentlichen Verkehrsmittels kaum diese Freiheit und Ungebundenheit schaffen können.

Wo ist dann die Lebensqualität jener Leute, die kein Auto haben? Die können haben können, aus finanziellen Gründen oder weil sie alt sind? Und die an den



Willi Ritschard

Strassen wohnen, wo die ändern an Freitagabend ins Grüne, ins Wochenende fahren?

Und wenn's an Energie mangelt?

Ich würde eben doch die Siedlungspolitik etwas anders aussprechen. Ich meine was hier in Bern am Freudenberglplatz geschehen ist, wo die Autos an der Schlafzimmern vorbeifahren, das ist keine Verkehrsplanung. Ich denke, die Städte wird man durch ein Park-and-Ride-System weitgehend freihalten müssen vom Autoverkehr. Aber die 1.7 Millionen Autos, die werden sie nie beseitigen, das ist eine Illusion. Jedes Auto hat zwei Stimmen. Es ist in einer Demokratie gar nicht denkbar, dass mit gesetzlichen Massnahmen versuchen zu wollen...

...aber vielleicht wird es in absehbarer Zeit notwendig. Ich möchte da an das Sonntagsfahrverbot von 1973 erinnern. Es hat sich gezeigt, dass dieses Sonntagsfahrverbot nur darum eigentlich keine besonderen Schwierigkeiten verursacht hat, weil es auf den Sonntag an

Die sozialen Lasten des Autos nach der Wittmann-Studie (in Mio. Fr. für 1970)

Strassenbau	1544.1
Unfallkosten*	1314.2
Umfallverhütung	6.0
Verkehrsbewachung	140.0
Total	3004.3

Diesen Kosten stehen Einnahmen der öffentlichen Hand aus dem Autoverkehr von rund 2 Milliarden Franken gegenüber. Zur Deckung der restlichen Milliarde müsste zum Beispiel der Benzinspreis um 31 Rp. erhöht werden.

* Bestehend aus Sachschäden, Heilungs- und Invaliditätskosten, Spitalkosten und «Kosten» der Toten, Hinterlassenenrenten, Produktionsausfällen, Zeitverlusten, Unfallretungswesen und Unfallfolgekosten.

Erdölabhängiges Verkehrsvolumen der Schweiz (Binnen- und Aussenverkehr) 1970

Verkehrsträger	Güterverkehr 1970		Personenverkehr 1970	
	Mio tkm	%	Pkm	%
Strassenverkehr	3 828	51,2	68 863	82,1
Wasserverkehr	169	1,4	186	0,3
Luftverkehr	8	0,1	808	1,3
Erdölabhängiger Gesamtverkehr	4 005	32,7	53 677	83,7
Schieneverkehr	7 035	57,4	10 446	16,3
Rohrleitungen (Öl)	1 210	9,9	-	-
Gesamtverkehr	12 250	100,0	64 123	100,0

Zahlen aus: Perspektiven des Schweiz. Verkehrswezens, Bd 1, Okt. 1972, GVK Nr. 7.

gesetzt war. Sie haben vorher die Kapazitätsgrenze bei der SBB erwähnt. Im Güterverkehr müssen die SBB für 200 Millionen Franken pro Jahr Aufträge zurückweisen.

200 000 Franken im Tag. Es könnte ja in einer absehbaren Zukunft der Fall eintreten, dass man aus Gründen der Energieeinsparung auf das energiesparende Transportmittel zurückgreifen müsste, und das wäre dann eindeutig die Eisenbahn. Sind Sie nicht auch der Ansicht, dass heute schon die Bahn sich für eine solche Zukunft rüsten sollte, damit die entsprechende Kapazität im gewünschten Moment bereitsteht? Denn das Transportaufkommen wird wohl weiter zunehmen.

Ja, das muss die Eisenbahn natürlich machen. Tut sie das?

Das tut sie. Es hat den SBB kaum Schwierigkeiten bereitet, diese drei aufreien Sonntage zu bewältigen. Weil es eben am Sonntag war. Angekommen, man müsste auch die Woche hindurch über eine längere Zeit den Verkehr auf die Schiene verlagern: da würden doch ernsthaftige Engpässe auftreten. Dafür müsste heute vorgesorgt werden. Es würde auch von den SBB befürchtet, dass eine grössere Verkehrsverlagerung auf die Schiene für den Werktag undenkbar wäre. Wird in dieser Hinsicht konkret etwas unternommen?

Die Erweiterung der Kapazität kommt natürlich zum Teil auch dem Personenverkehr zugute. Aber ich denke, die Entwicklung wird so gehen, dass man mit anderen Energien Auto fährt.

Aber das Auto ist ja nicht nur ein Energieproblem. Es braucht viel Platz, es macht auch mit einem Elektromotor Lärm.

Ja, ich sehe nur die Möglichkeit nicht, auf absehbare Zeit, dass das Auto verbaut und verdammt wird. Das ist nicht denkbar.

Es geht uns auch nicht um die Verbannung, sondern um die Tatsache, dass man in aller nächster Zeit - das kann in den nächsten zehn Jahren sein - gezwungen sein wird, einen wesentlichen Verkehrsanteil von der Strasse auf die Schiene zu verlegen.

Ich glaube eben, dass man vor allem Güterverkehr von der Strasse wegnehmen wird. Dort liegt der eigentliche Unsinn, beim Güterverkehr.

In die Infrastruktur investieren

Bleiben wir einmal bei dieser Notwendigkeit, Bahngrenzen zu sanieren. In den letzten Jahren wurden in der Schweiz 25% des Bruttoisozialprodukts in Bauwesen angegeben. Das ist, verglichen mit anderen Industrienationen, zuviel. Es ist daher anzunehmen, dass die Baukosten anhalten werden. Es wäre nun naheliegend, diese überschüssige Baukapazität bis zu deren schrittweisem Abbau für dringliche öffentliche Verkehrsprojekte einzusetzen, die bisher hinausgeschoben wurden (Ausbau Lötschbergbahn, Bahnhof Olten etc.). Wir investieren jetzt allein für die

Bundesbahn rund 1 Milliarde real pro Jahr. Davon können die SBB nur 7/8 selbst bezahlen. Den Rest müssen wir von den Darlehen verschüsseln. Wir könnten gerade jetzt mit diesem Rückgang der Beschäftigung im Baugewerbe durchaus mehr Bahnbauten erstellen. Nur besteht die Kapazität der Bahn nicht nur aus Bauarbeiten, man muss auch Wagen kaufen, Schienen produzieren usw. Die ganze Infrastruktur, die zu einer Bahn gehört, muss mit berücksichtigt werden. So gerne ich es sehen würde - ich fordere es auch laufend -, dass wir bedeutend mehr investieren könnten, ich muss Ihnen sagen, dass wir mindestens den Privatbahnen Geld wegnehmen müssen, weil keines mehr da ist. Der Bund ist nicht pleite. Aber die Kasse ist völlig leer, das Volk verweigert ihm die Mittel.

Wir laufen sogar Gefahr - weil der Bund die steigenden Defizite der Bundesbahnen nicht tragen kann -, dass die Bahnen die Tarife laufend erhöhen müssen. Je höher die Bahntarife, desto mehr Verkehr verlieren sie, desto mehr Strassen müssen wir bauen. Und je mehr Strassen wir bauen, desto defizitärer wird dann wieder die Bahn. Und der ganze Kreis beginnt wieder von vorne. Dieser Kreislauf ist ja um so widerständiger, als man weiss, dass für die Bereitstellung der gleichen Kapazität für die Strasse 20mal höhere Mittel aufgewendet werden müssen als für die Bahn.

Aber der Strassenbau hat eben über den Benzinölzuschlag die Mittel, die nicht für etwas anderes ausgegeben werden können. Das steht in der Verfassung.

Sehen Sie jetzt nicht eben als dringende Aufgabe, diese Grundlagen zu ändern?

Ja, natürlich. Sehr dringend. Gegenwärtig wird von einer grossen Kommission und einem Stab von 20 Fachleuten, vom Soziologen bis zum Planer, eine Gesamtverkehrs-konzeption ausgearbeitet, die nächstes Jahr vorliegen wird und die Vorschläge enthalten muss, wie man aus diesem Teufelskreis hinauskommen kann.

Kein Geld für soziale Dienstleistungen

Eine weitere Frage, die ins Konjunkturpolitische hineingeht: SBB und PTT befürchten ja heute weihen nach dem merkwürdigen Gesichtspunkt geführt statt nach sozialen (mangelnde Verkehrserschliessung in abgelegenen Gebieten, Aufhebung der Postzustellung in bevölkerungsreichen Stadtquartieren), jedenfalls müssen sie kostendeckend wirtschaften. Wäre es nicht angebracht, dieser Entwicklung entgegenzutreten, indem man heute die heutige Lage für SBB und PTT die von Bund verfügte Sozialplanung aufhebt?

Diese Unternehmungen existieren in einem Land, das an die Marktwirtschaft glaubt, und in diesem marktwirtschaftlichen Denken ist alles, was defizitär ist, prima vista schlecht geführt, konkurrenzlos und vergleichbar. Die Leute, die in diesen Betrieben arbeiten, bekommen dann auch noch Minderwertigkeitskomplexe, wenn sie trotz Schweiz und Müdigkeit am Abend am Radio oder Fernseher hören, dass ihr Betrieb defizitär ist. Die Personalplanung bezieht sich im übrigen nicht auf den Betrieb der SBB und PTT, sondern nur auf die Verwaltungen.

Sie wurde in Zürich von der Kreispostdirektion als Argument angeführt, als die Bewohner gegen diese Postfachanlagen protestiert haben: man könne nicht mehr Zustellpersonal anstellen, da ja der Bund die Stellen planiert habe.

Das Argument in Zürich war, dass man die Leute nicht findet. Jetzt findet man sie besser. Im übrigen wurde diese ganze Postfach-Subventionssaktion abgestoppt. Sie wird nicht wie geplant verwirklicht.

Ende der Privat-Swimmingpools?

Auch im Sektor der Energiepolitik wäre eine aktivere Politik wünschenswert, die nicht nur nach dem Prinzip der Nachfragedeckung arbeiten würde: Notsituationen können ja jederzeit entstehen. Dabei weiss man aber, dass zum Beispiel in der Stadt Zürich der Stromverbrauch der Geschäftsbetriebe 1973 um 14% angestiegen ist, verglichen mit einem Anstieg von 0,3% für die Wohnungen und von rund 5% insgesamt. Wäre hier nicht auch eine gewisse Lenkung angebracht, die auch vor Einschränkungen für gewisse Verbrauchsklassen nicht blüht, die Prioritäten setzen würde? Auch hier stellt sich die Frage der Tarife. Wir denken etwa an Klimaanlagen, geheizte Privatschwimmbäder, an energieeffiziente Produktionsleerläufe, an Gebäudeisolationen.

Ja, wir sollten unbedingt eine aktive Energiepolitik betreiben können. Das wäre eine Reaktion, als ich den Amt antrat, dass ich nach einer Verfassungsgrundlage dafür gerufen habe. Aber da kam auch wieder dieser Ruf nach einer Energiekonzeption, sie müsse die Grundlagen liefern, um diesen Verfassungsartikel zu kreieren, der eine aktivere Politik ermöglicht. Im gegenwärtigen Zeitpunkt fehlt uns jede rechtliche Grundlage, es sei denn für den Fall einer Mangelsituation, dass wir überhaupt etwas unternehmen können. Wir haben die Kompetenz, die elektrische Energie zu rationieren, aber dazu muss ein Mangel bestehen, und ein solcher besteht gegenwärtig nicht.

Gerade diese Stromrationierung: Stossen Sie sich als Sozialdemokrat nicht ganz gewaltig an der getroffenen Lösung einer linearen Kürzung, die doch als sehr sozial bezeichnet werden muss, weil sie den Grossen und den Kleinen ihren Anteil prozentual gleich verringern würde?

Wir werden einen Basisverbrauch für den Haushalt ermitteln, abgestuft nach Kinderzahl, Einkommen usw. Wir werden das etwas differenziert machen, weil ich sonst jenen bestrafe, der jetzt vernünftig mit Energie umgegangen ist, und jenen belohne, der Energie verschwendet hat.

Das Volk hat wenig zu sagen

Nun zu einer Frage, die uns zentral scheint. In letzter Zeit ist ein Reges Interesse der Bevölkerung für Fragen der Verkehrs- und Energiepolitik festzustellen. Es genügt, die zahlreichen Initiativen und Petitionen zu diesem Thema zu erwähnen. Der Einfluss der Bevölkerung ist jedoch praktisch unterbunden, man denke etwa an den Nationalstrassen- und Atomkraftwerksbau. Meinen Sie nicht, dass hier eine Gelegenheit bestünde, einen demokratischen Meinungsbildungsprozess auf breiterer Ebene in Gang zu bringen? Oder will man es so weit kommen lassen wie in Why! (BRD), wo die Bevölkerung einen Kraftwerksbauplatz besetzt hat, um den Bau dieses Kraftwerks zu verhindern?

Ein nicht bewilligtes Kraftwerk! Im übrigen verstehe ich nicht, wie Sie behaupten können, dass hierzulande dem Volk das Mitbestimmungsrecht entzogen sei. Wenn eine Initiative eingereicht wird, dann muss doch darüber abgestimmt werden! Das Volk hat einen Verfassungsartikel über die Atomenergie gutgeheissen. Das Volk hat stillschweigend, ohne Referendum, das Gesetz über die Atomenergie gutgeheissen, das den Elektrizitätswerken das Recht auf eine Baubewilligung gibt, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Das gleiche gilt beim Verkehr. Der Verfassungsartikel und auch das Gesetz über die Nationalstrassen sind vom Volk gutgeheissen worden. Es kann sie durch Initiativen wieder abändern. Die Initiative von Franz Weber für «Demokratie im Nationalstrassenbau» wird das fakultative Referendum zum Nationalstrassenbau wieder einführen. Werden Sie diese Initiative unterstützen?

Ich kenne sie nicht. Sie ist aber erst kürzlich eingereicht worden.

Man muss die Sache dann genau ansehen. Ich habe Zweifel daran, ob der Tessiner Stimmbürger sich ein Urteil darüber erlauben kann, ob die Autobahn bei Suresse nun links oder rechts am Sempachersee vorbeiführen soll.

Neue Formen der Demokratie

Zweifelsohne. Aber darf man es deswegen einfach dem Techniker überlassen, wo auf dem Reissbrett er seine Linie «Demokratie im Nationalstrassenbau» zieht? Die direkt betroffene Bevölkerung, und das sind immerhin Menschen, die in einer Wohnung leben müssen, vor der die Autobahn vorbeiführt, die hat keine Interventionsmöglichkeiten. Meinen Sie nicht, dass man hier nach Mitteln suchen müsste, die unsere gewohnte Demokratie vielleicht etwas überschreiten? Man sieht ja hier, dass offenbar ein Unbehagen besteht. Wenn man zu einer lebendigen Demokratie steht, kann das nicht einfach unter den Tisch wischen.

Man wird sicher das heutige Autobahnnetz im Lichte der heutigen Erkenntnisse überprüfen müssen. In welcher Weise hier das Mitbestimmungsrecht der Beteiligten eingeführt werden kann, das sehe ich noch nicht ganz klar. Ich halte die Art, wie wir bis jetzt Autobahnen gebaut haben, auch nicht in allen Teilen für vernünftig. Aber ich weiss nicht, in welchen Gremien hier das Volk entscheiden müsste.

Wir wollten Sie eigentlich als Bundesrat, als von Volkswählern gewähltes Exekutivmitglied, aber auch als Gewerkschalter, der von Mitsprache und Mitbestimmung, aber auch von politischer Abstammung etwas weiss, auf dieses Problem der Demokratie ansprechen. Es ist ein wunder Punkt. Irgendwo müsste eine Möglichkeit sein, die Bevölkerung wirksam an den Entscheiden zu beteiligen.

Ich bin sehr für die Demokratisierung der Planung. Aber ich habe gerade heute morgen an einem Vortrag gearbeitet für unseren Parteitag, wo ich etwas über sozialdemokratisches Regierung sagen soll. Und ich muss es hier deutlich sagen: In diesem Land ist nicht der Bundesrat die Regierung! Er ist nur die vollziehende Behörde; die entscheidenden Weichen, die stellt das Volk. Mit der Zustimmung zu Verfassungsartikeln und zu Gesetzen. Das ist eigentlich regiert.

Wer entscheidet?

Sehen sie wirklich einen Akt des Regierens darin, dass man ein Referendum über ein Gesetz, dessen Formulierung man überhaupt nichts beitragen konnte, sondern das von irgendwelchen Kommissionen und Volkswählern ausgearbeitet worden ist - die man zwar teilweise gewählt hat, die aber niemals die Zusammensetzung der Bevölkerung

Die Gesamtenergie-Kommission - Vorder- und Hintergründiges

Name	Offiz. Funktionsbezeichnung	«Andere Informationen
Michael Kohn, dipl. Ing.	Präsident, Delegierter des Verwaltungsrats der Motor-Columbus AG	(Motor-Columbus ist stark am Atomkraftwerk beteiligt) VR in 13 Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft
Christophe Babinatz, Dr.	Vizepräsident des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke	(Bauen bekanntlich auch Atomkraftwerke) VR in der Kernkraftwerk-Beteiligungsgesellschaft AG
Bruno Hunziker, Dr., Regierungsrat	Verehrter der Kantonsregierungen	Sitzt in den Verwaltungsräten einiger Atomkraftwerke
Walter Hunzinger, Dr.	Vizepräsident des Verbandes schweizerischer Gaswerke	Vorstandsmitglied UGU (vgl. unten), VR in diversen Unternehmen der Gaswirtschaft
Francesco Kuescharek, Prof. Dr.	Delegierter für Konjunkturfragen	Verfasser der auf Expansion ausgerichteten (bedeutet mehr Energiebedarf) und sehr wirtschaftsfreundlichen K.-Studie
Emilie Lieberherr, Dr., Stadträtin	Präsidentin des Konsumentinnenforums	Befürworterin des Atomkraftwerkbau
Yves Maestre, Prof.	Direktor des Instituts für Genetik der Umwelt, EPFL	Wird als ausgeprägter Technokrat bezeichnet
Ambros Speiser, Prof. Dr.	Mitglied des Schweizerischen Schulrates	Forschungsdirektor Brown Boveri (BBC)
Georg Stucky, Dr.	Geschäftsführer der Erdölvereinigungen	
<i>Auf massiven Protest der Öffentlichkeit und verschiedener «hochgestellter» Persönlichkeiten gegen die einseitige Zusammensetzung der Kommission wurden nachträglich noch folgende zwei «Vertreter des Umweltschutzes» in die Kommission gewählt:</i>		
Meinrad Schär, Prof.	Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU)	Die SGU wird im wesentlichen von der Industrie getragen. Als sie öffentlich gegen die Energiekommission protestierte, wurden ihr fortwährend die Mittel gekürzt.
André Junod	Meteorologische Zentralanstalt	Hat als Mitglied der Kühllurkommission, die eine entscheidende Rolle für die Bewilligung weiterer Atomkraftwerke gespielt hat, grünes Licht für den Bau von Kühlluren gegeben.

Sowohl die drei Vertreter des «Umweltschutzes» wie auch jene der «Konsumenten» haben schon verschiedentlich ihre eher wirtschaftskonforme Haltung unter Beweis gestellt. Es sind keinesfalls Vertreter einer «kritischen Richtung», wie es von verschiedenen Seiten her gefordert worden war.

widerspiegeln - noch ja oder nein sagen kann?

Da sehe ich die Möglichkeit des Referendums und der Ablehnung des Gesetzes, damit ein neues kommt. Das ist natürlich nur eine sehr beschränkte Form der Demokratie. Nehmen wir das Raumplanungsgesetz: da sind viele Dinge drin, die mir nicht passen, aber ich weiss, dass es noch schlimmer ist, wenn ich es nicht annehme. Wie soll ich da stimmen? Welches ist denn die Alternative? Soll man Landsgemeinden durchführen? Oder was sonst? Man müsste vielleicht mehr die Form von Alternativabstimmungen zu verwirklichen versuchen.

Wenn ich jetzt bösartig etwas durchsetzen wollte, von dem ich vermute, dass es dem Volk nicht ganz gefällt, dann würde ich eine Alternative aufstellen, von der ich ganz sicher weiss, dass sie das Volk nicht will. Dann würde es zur Alternative nein sagen und zum kleineren Übel ja.

Da wäre auch die Frage der Zusammensetzung der Kommissionen zu erwähnen. Um eine aus Ihrem Bereich zu nehmen: zum Beispiel die Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption, die ja mehrheitlich aus Interessenvertretern der Energiewirtschaft zusammengesetzt ist.

Das stimmt nicht. Sie dürfen nicht einfach alles glauben, was irgendwo geschrieben steht. Wir haben nachträglich auch noch drei Vertreter der Umweltschutzorganisationen darin aufgenommen. Bestimmt, aber was können die überhaupt aussprechen, da sie in einer eklatanten Minderheit sind? - Doch zurück zum Grundsätzlichen. Was neue Formen der Demokratie betrifft, so herrscht offenbar eine gewisse Radioskepsis. Aber es gäbe immerhin Alternativen - ohne dass man deswegen gleich zur Landsgemeinde zurückkehren müsste -, die eine breitere Teilnahme der Basis ermöglichen würden. Indem zum Beispiel Entscheidungen mit kleinen Gruppen von Betroffenen von unten her vorbereitet würden, indem eine Planung von Anfang an transparent durchgeführt würde, statt dass dem Volk die Resultate einen Monat vor der Abstimmung unter die Nase reibt.

Man müsste zum Beispiel im Energie- oder im Transportsektor Entscheidungen treffen können, die viel grundsätzlicher sind als die Detailentscheidungen (Kraftwerk ja oder nein), nämlich die Frage, ob wir überhaupt die die Zunahme des Energieverbrauchs im Jahr wollen. Darüber entscheidet heute nicht das Volk. Das Volk kann ja heute zum grossen Teil nicht einmal auf die Detailentscheidende Einfluss nehmen.

Ich verstehe nicht, wie Sie das behaupten können. Sie können doch in einer Parteilversammlung gehen und können eine Initiative einreichen und dies oder jenes anders machen. Das ist die Möglichkeit Ihrer Einflussnahme von unten nach oben. Wenn Sie keine Mehrheit finden, dann müssen Sie sich der Mehrheit fügen, das ist demokratisch. Der Demokrat bewährt sich erst, wenn er sich Niederlagen einstecken kann. Wollen Sie damit sagen, dass Volksentscheide in keinem Fall manipuliert sind? Dass das Ergebnis von Abstimmungen in jedem Fall die unverfälschte Meinung der Bevölkerung darstellt? Das will ich nicht sagen. Aber ich behaupte, dass jeder die Möglichkeit hat,

frei und geheim seine Stimme abzugeben und sich aufklären zu lassen, wenn er an eine Parteilversammlung geht, oder sein eigenes Urteil aufgrund einer Fernsichtdiskussion zu bilden, wenn er denken will. Er kann das.

Nur Geld für Nein-Stimmen

Das ist die bürgerliche Freiheit. Aber die Gleichheit der Chancen in einem Abstimmungskampf ist doch überhaupt nicht gewährleistet. Wenn zum Beispiel die Waffendindustrie 20mal mehr Geld für Propaganda aufwenden kann als die Waffenausfuhrgeiger...

Da muss ich Ihnen vollkommen recht geben. In der Schweiz finden Sie nur Geld für Nein-Stimmen. Für Ja-Stimmen finden Sie kein Geld.

Gerade das ist ja das Problem. Ich sehe einfach keine Alternativen. Vielleicht bin ich zu stark Pragmatiker oder zu sehr Praktiker.

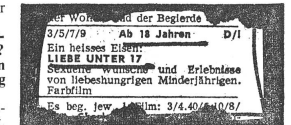
Wer hat diesen Staat zum Sozialstaat ausbauen wollen? Wir haben das gebraucht, und wenn wir einen Sozialstaat wollen, dann brauchen wir mehr Verwaltung. Eine Sozialversicherung kann man nicht mit dem Computer machen. Das ist der Teufelskreis: je mehr soziale Aufgaben - und es sind eigentlich mit wenigen Ausnahmen alles soziale Aufgaben -, desto grösser wird die Verwaltung; und je grösser die Verwaltung, desto mehr hat der Bürger Angst vor der cheibe Verwaltung; und je mehr Angst er hat, desto mehr stimmt er nein, oder er geht überhaupt nicht mehr zur Urne.

Aber wir können doch den Leuten nicht einfach vorwerfen, dass es ihr eigener Fehler sei, wenn sie sich nicht beteiligen. Das zeigt doch, dass ihnen an den heutigen, sehr formalistischen, komplizierten und undurchsichtigen Mitbestimmungsmöglichkeiten etwas nicht passt, dass ihnen dabei nicht wohl ist. Das Interesse an den Verkehrs- und Energiefragen zum Beispiel ist ja offenbar vorhanden, da stellt sich nur die Frage, welche Möglichkeiten zu schaffen sind, damit es sich ausdehnen kann.

Man könnte auch die parlamentarische Demokratie zur Diskussion stellen, wie die BRD sie kennt. In einer parlamentarischen Demokratie kann man periodisch die Regierung gewählen; man muss zwar nicht unbedingt, und es ändert auch nicht viel. Die ändern machen doch ungefähr dasselbe. Aber der Schweizer hat diese Möglichkeit nicht, er hat immer dieselben Verhältnisse im Bundesrat. Die Möglichkeit, so alle vier Jahre eine Revolution zu machen, eine Regierung zum Teufel zu jagen, würde vielleicht etwas vom Groll nehmen, den das Volk gegen diesen Staat hat, der ihm überall begegnet und alles möglich verbietet und vorschreibt. Sie werden damit ja wohl nicht behaupten wollen, das Schweizer Volk sei revolutionsreif. Herr Bundesrat, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview: Pierre Freimüller, Beat Schweingruber

Der Gag des Monats



das Konzept

Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika-, Lehrensininarien, Musikonservatorien, Höheren Wirtschaft- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage dieser Nummer 25 500. Übrige Nummern 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30. Postfachkonto: 80 3726.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Ne, Beat Schweingruber.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Linmatgasse 94, CH-8003 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 55 235 1-sp-nim-Zeic-62 fr.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30. Redaktionsschluss Nr. 4: 25. 3. 75. Inseratenschluss: 3. 4. 75

In der Frage des Schwangerschaftsabbruchs spielt die Verhütung eine zentrale Rolle!

Kinder haben das Recht, Wunschkinder zu sein

Ein Schwangerschaftsabbruch ist die letzte Lösung. Darin sind sich alle einig, die für die freie Abtreibung kämpfen. Das im Volksmund gängige Wort: Vorbeugen ist besser als heilen, trifft hier in besonderem Mass zu. Es gilt, für bessere Aufklärung über Verhütungsmittel zu sorgen. Dadurch gewinnt man auch die Möglichkeit für eine freiere Sexualmoral. Für all jene Fälle aber, bei denen das Verhütungsmittel versagte,

Keiner geht grandios ins Spital, um sich einer Operation zu unterziehen. Ebenso wird keine Frau eine Abtreibung vornehmen lassen, wenn sie nicht will. Aber eben; sie kann wollen. Dann, wenn sie die Mutterschaft vor Probleme stellt, die sie nicht bewältigen kann. Oder wenn sie durch die Mutterschaft in ihren Plänen und Wünschen behindert wird. Dann, wenn sie abtreiben will, sollte es ihr in einem Staat, der auf der Verantwortung des einzelnen aufgebaut zu sein vorgibt, auch ermöglicht sein.

Aber es ist ihr unter dem bestehenden Recht nicht ermöglicht auf einem «normalen» Weg über das Gesundheitswesen, wie es bei einer Krankheit der Fall ist. Vielmehr müssen jährlich ca. 50 000 Frauen den erniedrigenden Weg einer illegalen Unterbrechung gehen. In dieser Situation wissen gewisse Organisationen keinen besseren Rat, als mit versteckter Devise «Nur ja nicht zuviel vägeln» hehre Lebensethik zu zitieren: «Ja zum Leben», ohne sich zu fragen, unter welchen Umständen gelebt werden soll. Jene, die abtreiben wollen, sind also gegen das Leben, Mörder gar. Bei solchem Denken mag man den Herrgott auf seiner Seite haben, sicher nicht die Menschlichkeit.

Aufklärung über Verhütung tut not

Statt unter altbundesrätlichem Panier – Roger Bonvin ist Zentralpräsident der katholischen Vereinigung «Ja zum Leben» – und im Namen der Heiligkeit einem ganz profitorientierten Zweck zu dienen (vgl. Februarnummer), gibt es glücklicherweise immer mehr Kräfte in unserer Gesellschaft, die erkannt haben, dass durch diese falsche Menschlichkeit keiner einzigen Seele geholfen ist. Dass es vielmehr darum geht, durch eine schon in den Schulen einsetzende Aufklärungsarbeit über Verhütungsmittel die Zahl derer, die abtreiben, so niedrig wie möglich zu halten.

«Liebe ohne Angst» ist der Wunsch eines schon älteren Menschen, der sich auch durch noch so strenge Erziehung zur Enthaltsamkeit nicht hat kleinreden lassen. Zwar ist in unserer Gesellschaft noch kaum eine Erziehungsinstanz fähig, sich darüber Sorgen zu machen, was einer in der Hose hat. Nur was er im Kopf hat, gilt. Daran ändert auch die scheinbar so liberale Sexwelle nichts. Sie ist ein Geschäft für gewiefte Unternehmer und Verlage und bestenfalls geeignet, den durch repressive Erziehung verklemmten Triebanlagen falsche Weichen zu stellen. Jene Partys in gehobenerem Mittelstand, wo sich männlich-weiblich zu Taburechnern zu entwickeln scheint, haben mit Aufklärung etwa soviel zu tun wie Beate Uhse. Nämlich nichts.

Es fängt bei der Kenntnis über unseren eigenen Körper an. Wo überhaupt Anatomie gelehrt wird in den Schulen, besteht die Gefahr, dass sich «weisse Flecken» ergeben: Der Sexualbereich wird ausgeklammert, vor allem jener des anderen Geschlechts. Auch ist die ganze geschlechtsspezifische Erziehung seit der Wiege daran schuld, dass dieses Thema von verlegenem Gekicher der Schüler begleitet ist.

Die verbreitetsten Verhütungsmittel

Von den vielen heute bekannten Verhütungsmitteln – nur ganz wenige sind vom Mann anzuwenden! – kann man die Sterilisation, die Pille, die Gebärmutter-schleife, den Kondom und das Pessar als die wirksamsten betrachten. (Entfällt! Die Verhütungsmethoden und ihre Sicherheit)

Bei der Pille (für die Frau!), dem Verhütungsmittel mit der grössten Verbreitung, wirken künstliche Hormone auf das Gehirn, auf die Gebärmutter, den Eierstock und den Eileiter. Dabei verhindern sogenannte Ovulationshemmer den Eisprung. Über die Nebenwirkungen, insbesondere artspezifische Wirkungen, herrscht unter Fachleuten Uneinigkeit. Sicher aber ist, dass die Pille

muss die Schwangerschaftsunterbrechung freigegeben werden. Nur so «können wir uns ohne Angst lieben», wie sich ein besonderer Betroffener in seinem Bericht (vgl. unten) ausdrückt. Im folgenden Artikel soll nun versucht werden, auf die Schwierigkeiten und Probleme, die mit diesen Forderungen heute verbunden sind, ausführlich einzugehen und die Widerstände, die auftreten, aufzuzeigen.

bei jungen Mädchen starke Nebenwirkungen haben kann, die sogar zur Unfruchtbarkeit führen können. Die Festsetzung des Alters der freien Pillenabgabe ist deshalb umstritten.

«das konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «das konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcuvert bitte nicht vergessen.

Eindeutig gefährlicher als die periodisch dreimonatlich einzunehmende Pille sind Langzeitspritzen und die Pille danach. Sie verursachen im ersten Fall chaotische Menstruationen, im zweiten schädliche Hormonüberflutung.

Die Pille ist das sicherste wieder aufnehmbare Verhütungsmittel. Der Unsicherheitsfaktor liegt vor allem im Vergessen des Einnehmens.

Die übrigen chemischen Mittel wie Tabletten, Zäpfchen, Puder, Sprays, welche die Spermien töten, sind unsicher und deshalb nicht – auf keinen Fall allein – zu empfehlen. Dagegen gibt es noch drei mechanische Mittel, die verlässlich sind. Sie haben den Vorteil, dass sie keine somatischen Veränderungen hervorrufen. Gebräuchlich sind das Präservativ, die Gebärmutter-schleife und das Scheidenspessar.



Die modernsten Intra-Uterin-Pessare IUP (von links nach rechts) etwa in Originalgrösse: Dalcron-Shield, Lippes-Schleife und Kupfer-T, Lage des IUP in der Gebärmutter

Die Sprache der Betroffenen

«das konzept» veröffentlicht weitere Berichte von Frauen, die abgetrieben haben. Dazu kommen Berichte über die Sterilisation. Die Abtreibungsberichte machen klar, dass die bestehenden Verhältnisse geändert werden müssen. Die Berichte über die Sterilisation zeigen, wie schwer es ist, einen solchen Eingriff zu erwirken. Dabei ist neben der eindeutigen Bevormundung, die dadurch geschieht, zu beachten, dass die Sterilisation ein problematisches Verhütungsmittel sein kann.

Liebe ohne Angst

Meine Frau und ich sind in der streng konservativen Innerschweiz aufgewachsen. Der Schreibende war das 11. Kind. Also sicher ein unerwünschtes. Ich kam mit 7 1/2 Monaten zur Welt. Meine Mutter hatte Blutsturz, und ich wurde mit Kaiserschnitt geboren. Der Hausarzt, ein gewissenhafter Mann, hatte damals zu meinem Vater gesagt: «Noch ein Kind, und die Frau ist tot. Ich rate Ihnen unbedingt zur Sterilisation.» Meine Mutter hat das Problem mit dem Dorfpfarrer besprochen, dieser setzte ihr ein kategorisches Nein entgegen. Nach drei Jahren kam meine jüngste Schwester. Von da an hatte die Mutter keine wirklich gesunde Stunde mehr. Nach 3 1/2 Jahren erlitt sie einen Herzsturz. Der Vater war 60 und konnte sich betreffend Arbeitsbelastung und Kummer nicht viel um uns kümmern. Ich will nicht klagen, denn wir hatten Kleider und Essen. Aber ich hätte gerne mein Leben gegeben, wenn ich dadurch meinen Geschwistern die Mutter hätte erhalten können. Man wird kaum erahnen, was alles in diesem Satz enthalten ist.

Meine Frau ist die Tochter eines Bauern mit 18 Kindern im Haus und 6 Kühen im Stall. Wie ich wurden sie alle streng katholisch erzogen. Es wurde darauf geschaut, welche Gemeinde die kürzesten Schulhäre hat. Dann wurde nach Möglichkeit das Kind dorthin gegeben, damit es sehr bald in der Fremde als Hilfskraft Lohn verdienen konnte. Arbeit und Behandlung spielten keine Rolle. Die Stelle mit dem höchsten Lohn war die beste. Der Lohn musste bis auf wenige Franken (2-5) nach Hause geschickt werden. Alle Kleider wurden immer wieder abgeändert, damit sie noch

getragen werden konnten. Die Familie hatte keine Krankenkasse. Wegen Geldnot konnte nur in dringenden Fällen der Arzt gerufen werden. Zwei seiner Kinder im Kindesalter, ohne je einen Arzt gesehen zu haben. Einer hat eine Hasencharte mit Wolfsrachen, die operiert wurden. Die Operation ist sehr schlecht gelungen.

«So wie der Staat es in seiner Justiz macht – er bestraft den Mord, sichert sich aber das Monopol darauf – so macht er es eben überhaupt: Er verbietet uns, unsere Nachkommen am Leben zu verhindern – er wünscht dies selber zu tun. Er behält sich vor, selber abzutreiben, und zwar erwachsene, arbeitsfähige Menschen.» Bert Brecht

Er sieht nicht schön aus und kann heute noch keine Prothese tragen. Meine Frau und einige Geschwister haben verkrüppelte Zehen, weil sie zu kleine Schuhe tragen mussten. All dies ist verursacht durch finanzielle Not und durch die Unbarmerzigkeit der Religion. Kondom, Kotus interruptus und Sterilisation waren noch Todsünden. Die Eltern waren nicht unbarmerzig, aber die Not hat sie dazu gezwungen. Die Mutter war mit 50 Jahren ein Häuflein Elend, und der Vater starb mit 59 Jahren.

Ein Kind folgte dem andern

Als wir fast mittellos geheiratet hatten, fassten wir den Vorsatz, nicht mehr als vier Kinder zu haben, obwohl wir sehr kindliebend sind. Nach anderthalb Jahren haben wir uns auf das erste Kind

vor allem ländlichen Gegenden der Schweiz findet man kaum Ärzte, die die Pille verschreiben.

Sonderfall Sterilisation

Sterilisation ist die Unfruchtbarmachung des Mannes oder der Frau. Beim Mann wird der Samenleiter operativ durchtrennt, die sogenannte Vasektomie. Es ist ein kleiner Eingriff, welcher ambulant durchgeführt werden kann. Entgegen der landläufigen Meinung hat die Sterilisation keinerlei Einfluss auf das Verlangen oder die Potenz des Mannes. Bei der Frau werden die Eileiter «verschmort», so dass kein Ei mehr in die Gebärmutter gelangen kann. Dafür sind zwei Schritte in die Bauchdecke erforderlich, einer für das Laparoskop, eine Art Lampe, mit welcher die Bauchhöhle ausgeleuchtet wird, der andere für die Elektrosonde.

Abgesehen von operativen Problemen ist die Sterilisation besonders problematisch, da der Eingriff nicht rückgängig gemacht werden kann. Das ist mit ein Grund, weshalb viele Ärzte und Kliniken diesen Eingriff nur unter bestimmten Bedingungen vornehmen. Es stellt sich aber (auch angesichts der Fälle, wie sie in nebenstehenden Berichten zum Ausdruck kommen) die Frage, ob hier nicht ein Machtmonopol – das medizinische eben – ausgenutzt wird gegen den Willen mündiger Bürger? Wie der Bericht «Liebe ohne Angst» beweist sind hier die konservativen Kantone am strengsten. Nicht einmal sehr kinderfeindlichen Familien wird diese Verhütung ermöglicht. Es zeigt sich dabei einmal mehr, welches Wundermittel die von religiösen Ideologien beherrschten Ärzte und Pfarrer anzubieten haben: Enthaltsamkeit! Der Bericht veranschaulicht eindringlich, wieviel Unmenschlichkeit, ja sogar Sadismus hinter scheinbar so erhabenen Einstellungen verborgen ist.

Unbefriedigkeit noch immer vorherrschend

Die übrigen Verhütungsmittel sind, wie gesagt, unsicher. Dennoch sind sie stark verbreitet. Ogino-Knaus, d. h. das Ausschreiben der Zyklen und das Berechnen der frucht- und unfruchtbaren Tage der Frau, ist neben Kotus interruptus, der Trennung der Partner vor dem Orgasmus des Mannes, noch bei ungefähr 1/3 der Schweizer Bevölkerung das gebräuchlichste Mittel!

Entscheidend aber bleibt, dass «eine zuverlässige Schwangerschaftsverhütung unendlich ist». Der dies sagt, ist Fachmann: Prof. Dr. med. Heinrich Stamm vom Bezirksspital Baden, Chefarzt der

richtig gefreut. Das zweite kam überraschend schnell. Meine Frau musste jeden Tag erbrechen, und das Resultat war eine sehr schwere Geburt.

Danach gingen ich und meine Frau zu einem jüngeren Arzt wegen der Familienplanung. Der Arzt sagte: «Für euch auch die Ogino-Knaus-Methode in Frage.» Resultat bei strikter Einhaltung des Planes: erneute Schwangerschaft. Meine Frau musste dreieinhalb Monate das Bett hüten. Sie hatte Nierenbeckenentzündung und Blutarmut und konnte keine Speisen mehr behalten. Die vielergrübelte ärztliche Kunst versagte vollständig.

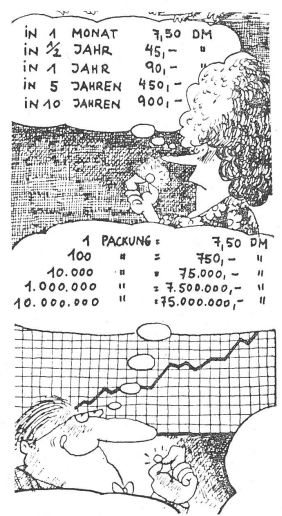
Wir gingen wieder zum Arzt zwecks Geburtenkontrolle. Wieder die gleiche Empfehlung, nur wurden die empfängnisfreien Tage gekürzt. Resultat: wieder schwanger. Die Schwangerschaft war begleitet von täglichem Erbrechen, und bei der Geburt war das Kind in Seislage.

Wieder Konsultation beim Arzt. Es bleiben wegen der schweren Arbeit, welche eine ganz unregelmässige Menstruation verursacht, von der Periode abgesehen, noch 5 empfängnisfreie Tage. Heute sind es 10 Kinder. Beim jüngsten war die Frau infolge Herzversagens dem Tode nahe. Wir wissen, dass einige Frauen durch Erschütterungen, Sprünge oder Tabletten eine Abtreibung erreicht haben. Eine hatte das Glück, einen Arzt zu finden, der die Abtreibung vornahm. Sie ging am Samstag in das Spital und konnte am Montag wieder zur Arbeit. Eine Abtreibung haben wir auch erreicht. Nachher gab es Komplikationen. Der Arzt machte ein solches Geschrei, dass sich die Frau nicht mehr zum Arzt getraute.

Da fasste ich den Entschluss, mich sterilisieren zu lassen. Aber der Arzt sagte, es gäbe in der Innerschweiz keinen Arzt,

geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung.

Aus diesem Grund ist es für eine fortschrittliche Geburtenregelung, unerlässlich, dass die legale Möglichkeit der Abtreibung besteht. Es ist unbestritten, dass Kinder, die gewünscht sind, in einer besseren Umgebung aufwachsen, 70% aller Straffälligen der Schweiz sind unerwünschte Kinder! Dem entgegen fragen die «Lebensbejaher» in schon zynischer Weise, ob denn Goethe oder Einstein Wunschkinder gewesen seien.



Obwohl bezüglich der Abtreibungsmethoden viele neue Erkenntnisse gewonnen wurden, insbesondere im Ausland, hauptsächlich in China und Amerika, darf ein solcher Eingriff – vor allem wegen möglicher psychischer Belastung – nicht verharlost werden.

In einem Punkt sprechen die Berichte eine unmissverständliche Sprache: Weder hilft Zitronensaft, noch Stricknadeln und Schläuche; auch Sonden irgendwelcher Art sind einzig gefährlich, aber helfen nichts. Hingegen bringt, fächericht durchgeführt, eine Abtreibung geringere Risiken mit sich als jede Geburt.

Bis zur 12. Schwangerschaftswoche Fortsetzung auf Seite 4

der so etwas ausführe. Ich musste erfahren, wie die Inder mehr Möglichkeiten haben als die Schweizer. Wir haben Zeitungsausschnitte von der Antibabypille dem Arzt gegeben, worauf er höhnisch sagte, das wäre eine schlechte Sache. Wir getrauten nicht einmal zu fragen, warum, denn sein Gesicht war so verächtlich. Uns blieb nur noch ein Weg: die vollständige Trennung von so glücklichen Eheleuten, wo wir zuerst unseren Kummer besprochen und dann doch wieder glücklich vereint waren.

Schluss mit schönen Stunden

Nach anderthalb Jahren war unsere Ehe gebrochen. Kummer und Sorgen, Krankheit in Haus und Stall haben uns erdrückt. Die schönen gemeinsamen Stunden dürfen nicht mehr erlebt werden. Dann kam im Jahr 68 die Enzyklika «Humanae vitae». Der Papst hat darin nur die Enthaltsamkeit und die Knaus-Ogino-Methode toleriert. Damit war auch noch unser Glaube an einen vernünftigen Gott geteilt.

Heute, in dem früher so verschrienem Kanton Zürich, nimmt meine Frau die Pille. Dadurch ist auch die Blutarmut vollständig verschwunden. Wir dürfen uns auch wieder ohne Angst lieben. Dieses Jahr feiern wir in völliger Harmonie die silberne Hochzeit.

Unsere Frage bleibt: Warum muss der Staat durch Verbote, z. B. das Abtreibungsverbot, in unsere Privatsphäre eingreifen, ohne uns wirklich zu helfen? Denn selbst die subventionierten Wohnungen sind klein. Warum wollen religiöse Führer, die selber ledig sind, den Verheirateten das Intimleben bestimmen und damit den Glauben zerstören? Wann wird endlich die Schweizer Bürgerin und der Schweizer Bürger als mündig betrachtet? (Landwirt)

Opfer der religiösen Erziehung

Seit zwei Jahren war mein sexuelles Leben vorwiegend von der Angst vor Verzögerungen meiner Regel geprägt. Jedemal verfrüchte ich meinen Körper und trank Zitronensaft, ein angeblich abtreibendes Mittel. Jedemal bekam ich die Regel wieder. Ich hatte einen reichlich gestörten Zyklus (zwischen 7 und 12 Wochen). Als ich bereits seit einigen Wochen mit D. verkehrte, musste ich schliesslich im Juli 1968 erkennen, dass meine Brüste anschwellen. Ich hatte dauernd das Bedürfnis zu urinieren und ein steigendes Verlangen zu schlafen.

Nachdem ich drei Wochen lang das Problem nicht wahrhaben wollte, ging ich schliesslich in die Frauenklinik (öffentliches Spital, die Red.). Bereits bei meiner Ankunft fragte man mich nach dem Grund, einen Gynäkologen sehen zu wollen. Als ich das ungefähre Datum meiner letzten Periode angab, bestä-

tigte mir eine Krankenschwester, dass ich schwanger sei, was durch einen Scheidenabstrich noch erhärtet wurde. Mit ihren Fragen, ob ich den Vater kenne und seit wann, versuchten mir diese Leute in Weiss einzureden, die einzige Lösung für mich bestehe darin, zu betrauten und dem Kind einen Vater zu geben. Selbverständlich wachte ich keine Ausererung über meinen Wunsch abzutreiben, aber ich protestierte, ich hätte gar keine Lust zu heiraten. Doch die Krankenschwester sagte mir: «Gehen Sie eine Röntgenaufnahme machen lassen, und unterzeichnen Sie Ihre Schwangerschaftserklärung.» Ich wollte nicht röntgen lassen und damit einen unwiderfährlichen Beweis meines Zustandes geben. Ich versuchte verschiedene Ausreden, aber schliesslich blieb mir nichts anderes mehr übrig, als

Fortsetzung auf Seite 4

1 Soll Verantwortung Mord sein? Schweizer Frauen berichten über ihre Erfahrungen bei Abtreibung. Dazu eine Analyse der Situation in der Schweiz. Die Nummer (2/75) kann gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bezogen werden bei der Redaktion «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Opfer...

Fortsetzung von Seite 3

die Aufnahme machen zu lassen. (Ich habe später erfahren, dass dies für einen Fötus von einigen Wochen nicht empfehlenswert ist.) Ich kam damals nicht auf die Idee, dass ich mich weigern könnte, die Schwangerschaftserklärung zu zeichnen, das ich besser die Analphabetein gespielt hätte, als den Verdacht aufkommen zu lassen, abtreiben zu wollen.

Zuerst das Geld...

Ich entschloss mich, eine Freundin in der Provinz aufzusuchen, die mich ein paar Monate zuvor wegen desselben Problems um Hilfe ersucht hatte. Sie erzählte mir von ihrer Abtreibung: Auskürzung unter Narkose. Preis: 1800 Fr., aber ihre Eltern, die davon wussten, hatten ihr geholfen. 1800 Fr. waren für

sein sollte, ebenso verängstigt wie ich... Er würde mich im Café erwarten. Während all dieser Tage hatte er mich moralisch und liebevoll in meinem Entschluss unterstützt, wenn sein erster Gedanke unterwar, was mich zu heiraten. Wie abgemacht, kam mich eine Frau holen und führte mich zum betreffenden Ort.

... dann der Eingriff

Ich zog mich aus, der Arzt kam das Geld holen, setzte mich dann auf einen gynäkologischen Stuhl und anästhetisierte mich... Ich erwachte etwas später in einem Zimmer. Ich rief nach jemandem, ich litt Schmerzen und blutete so stark, dass der Gynäkologe mich zum Tisch zurückführte, als die Narkose bereits kaum mehr eine Wirkung hatte. Immer wieder führte er seine Kürette ein: ich verspürte ungeheuer heftige Schmerzen und fühlte ihn an aufhören. Ich schlug vor, das Kind zu behalten, um nur dieser Abscheulichkeit ein Ende zu setzen. Dazu

ich 1969 dieselben Symptome wie im Jahr zuvor bemerkte, besuchte ich wieder den Arzt, ohne auch nur überprüft zu haben, ob ich tatsächlich schwanger sei. Aber ich hatte immer noch die leichte Hoffnung, meine Regel doch wieder zu bekommen. Wie das erste Mal wollte ich das Problem nur mit D. angehen. Der Zufall aber wollte es, dass ein guter Bekannter uns eine Neugierig mitteilte: Seine Freundin M., war schwanger und gewillt abzutreiben. Ich gestand, dass wir uns in der gleichen Lage befänden. Schliesslich landeten M. und ich bei einer Krankenschwester, die für 600 Fr. Sonden einführte. Noch immer hatte ich keinerlei Beweise, schwanger zu sein, aber eine nach der andern sind wir etwas zitternd in das Zimmer gegangen: Spritze, Spekulum, Taschenlampe, um die Sonde mit einer Stricknadel einzuführen. Wir waren lediglich gekommen, uns zu erkundigen... wir gingen wieder hinaus mit der Sonde zwischen den Schenkeln.

Unsere Freunde erwarteten uns draussen im Wagen. D. schimpfte mich aus: ich setze mein Leben aufs Spiel, und er verlangte, ich solle augenblicklich die Sonde herausnehmen. Auch ich befürchtete das Schlimmste. Ich heulte, weigerte mich aber, die Sonde zu entfernen.

M. und ich unterstützten uns gegenseitig, indem wir unsere Eindrücke austauschten und versuchten, unsere Angst zu mindern. Jeden Tag gingen entweder wir zur Krankenschwester, oder sie kam zu uns, um die Sonde herauszunehmen und durch eine andere zu ersetzen. Einiges Nachts teilte G. uns mit, M. habe starke Schmerzen. Nutzlos, die Schwester zu rufen. Sie hatte uns gesagt, nichts anderes tun zu können, als den Abort auszulösen.

Am nächsten Tag ging es M. sehr schlecht, jedoch die Abtreibung hatte sie hinter sich. Sie wollte mir nicht erzählen, was mich nicht noch mehr zu ängstigen. Nächste Nacht war ich an der Reihe: Krämpfe liessen mir den Atem stocken, ich hatte das Gefühl, mir würden die Eingeweide herausgerissen. Ich vermochte nicht zu weinen. Ganz allein weinte ich. Dann bin ich zum Urinieren aufgestanden und habe viel Blut und einen vollständig ausgeformten, weissen Fötus von etwa 8 oder 9 cm erhalten. Da ich in christlicher Religion erzogen worden bin, fühlte ich mich schuldig. Aber ich überlegte mir: man kann nicht ein Kind in die Welt setzen, um ihm dies dann vorzuwerfen oder es zu verlassen.

Heute denke ich, dass es nicht darum geht, zu jammern. Es geht darum, zu kämpfen, um eine Situation zu ändern, die alle Frauen unterdrückt. Wir haben ein Recht, unsere Sexualität zu leben und Tag und Zahl unserer Geburten zu wählen. (Übersetzung aus dem Französischen durch J.-M. Gaillard)

¹ Kürette: med. Instrument, einem Löffel mit lamosem Stiel vergleichbar. Mit scharfem Rand und, zur Ausschabung der Gebärmutter, durchlöchert.

«Als Mann nichts eingebüsst»

freier von jahrelanger Unsicherheit oder Depressionen bis zu 25 Fr. Kürette.
Negative Reaktionen konnte ich in meinem Bekanntenkreis nirgends beobachten, im Gegenteil, einige hielten Mut, um das gleiche zu tun!
Bei den 6 Familien im Haus ergibt sich heute folgendes Bild:

- 2 Frauen mit je 3 Kindern nach 3. Geburt unterbunden.
- 1 Frau mit 2 Kindern aus gesundheitlichen Gründen ganze Gebärmutter entfernt.
- ich selber mit 3 Kindern 5 Monate nach Zwillingsgeburt unterbunden.
- 2 Ehepaare mit 2 und 3 Kindern mit unbekannter Verhütung.

Die Verhütungsmethoden und ihre Sicherheit (nach Prof. Dr. med. H. Stamm)

- Sterilisation 99-100% sicher
- Pille 97-99% sicher
- Gebärmutterchleife («Spirale») 90-95% sicher
- Gummischutz des Mannes (Kondom, «Pariser») 70-80% mässig sicher
- Scheidenpessar (Gummischutz der Frau) 60-70% mässig sicher
- Scheidentabletten, -cremen, -puder, -spray, -zäpfchen 30-50% mässig sicher
- Koitus interruptus («Aufpassen») unsicher
- Berechnung der unfruchtbaren Tage (Knaus-Ogino) unsicher
- Bestimmung des Eisprungs durch Messung der Körpertemperatur oder durch chemische Beurteilung des Scheidenschleims unsicher

Der Fall der Marianne G.

Zeitpunkt: 1969. Alter von Marianne: 21. Beruf: Zimmermädchen in einem Spital, bei schlechter Entlohnung. Marianne G. ist zu diesem Zeitpunkt ledige Mutter mit 18monatigem Kind. Sie hat ihre Kindheit grösstenteils und bis ins Alter der Pubertät in einem Waisenhaus verbracht.

Wieder schwanger, ohne ein zweites Kind verkranken zu können noch zu wünschen sollte sie nicht, was sie nicht werden sollte. Das Spital kommt zum vornherein nicht in Frage; zu gross ist die Angst und die tatsächliche Gefahr, denunziert zu werden und die Stelle zu verlieren. Sie sucht andere Möglichkeiten, die immer wieder scheitern, bis sie sich, nahe am Verzweifeln, entschliesst, die nun bereits drei Monate alte Frucht mit Hilfe ihres Freundes abzutreiben. Aber wie? Vermutlich ganz einfach: Mittels eines Schlauches ihres Aquariums, den sie vor dem Eingriff im kochenden Wasser desinfiziert. Mit grossen Schwierigkeiten gelingt es ihnen, diese Gelegenheitssonde einzuführen.

Was tun bei möglicher Schwangerschaft?

1. Tritt Ihre Blutung nicht zum richtigen Termin ein, suchen Sie innerhalb von 5 Tagen einen Arzt auf. Er wird Ihnen eine Spritze geben, oder eine Packung «Dioginon» verschreiben. «Dioginon» enthält zwei Tabletten, welche Sie 24 Stunden nacheinander einnehmen. Nach der Spritze, wie auch nach «Dioginon», stellt sich innerhalb von 10 Tagen eine Blutung ein, wenn Sie nicht schwanger sind.
 2. 12 Tage nachdem die normale Blutung hätte eintreten sollen, können Sie einen Schwangerschaftstest machen lassen, indem Sie Ihren Urin in eine Apotheke oder zu Ihrem Arzt bringen.
 3. Wenn der Test positiv ausfällt (Sie schwanger sind), überlegen Sie sich nach folgenden Gesichtspunkten: Will ich ein Kind oder nicht, kann ich es unter den gegebenen Umständen aufziehen oder nicht? Ein Kind braucht viel Liebe, Aufmerksamkeit und einen starken sozialen Rückhalt. Es spürt sofort, wenn es auf irgendeine Art zur Last fällt. Unglückliche Kinder sind sozial gefährdet. (70 Prozent aller Straftätigen sind unerwünschte Kinder.)
 4. Sie müssen von Ihrem Arzt die Schwangerschaft in einem Zeugnis bestätigen lassen. Dieser kann Ihnen einen Arzt angeben, der vom Staat legitimiert ist, Schwangerschaftsunterbrechungen vorzunehmen.
 5. Jeder Arzt verfügt über eine Liste dieser legitimierten Ärzte und Psychiater, ist jedoch nicht verpflichtet, sie zu vermitteln. Will er Ihnen keine Adresse geben, dann suchen Sie einen andern auf. DAS KONZEPT kann Ihnen dabei behilflich sein. Liegt ein dringender Grund für eine Unterbrechung vor (Krankheit, Süchtigkeit, Alter), so können Sie sich in eine Klinik überweisen lassen.
 6. Haben Sie einen legitimierten Arzt gefunden und liegt kein medizinischer Grund für eine Unterbrechung vor, so müssen Sie ihn überzeugen, dass Sie es seelisch nicht verkraften, ein Kind zu haben. Er wird Sie mit einem Schreiben zu einem ebenfalls legitimierten Psychiater schicken.
 7. Die meisten Psychiater verlangen einen Lebenslauf, anhand dessen sie Ihre seelische Entwicklung verfolgen können. (Es ist zum Beispiel möglich, dass ein Leben relativ normal verlaufen ist, die Frau aber jetzt durch die unerwünschte Schwangerschaft seelisch zerrüttet wird.)
- Kosten: Psychiater: ca. 250 bis 350 Franken, Arzt: ca. 600 bis 850 Franken.

DAS KONZEPT (auf der Grundlage eines Papiers der FBB Zürich)

Kinder haben das Recht...

Fortsetzung von Seite 3

sind zwei Arten von Abtreibungsverfahren: Abspaugungen und Ausschabungen. (Nach der 12. Woche sind kompliziertere Methoden nötig, z.B. Prostaglandine oder Hysterotomie. Dabei sind die Abspaugverfahren eindeutig die einfacheren Eingriffe – und trotzdem in der Schweiz kaum angewandt!) Ausschabung (Kürette): Mit einem scharfen Löffel aus Metall wird der Inhalt der Gebärmutter von den Wänden abgezkratzt. Damit der scharfe Löffel durch den Gebärmuttermund und den Hals eingeweitet werden kann, muss der Hals geweitet werden (Dilatation). Da dies sehr schmerzhaft ist, muss der Eingriff unter Vollnarkose erfolgen.

Die meisten Psychiater verlangen einen Lebenslauf, anhand dessen sie Ihre seelische Entwicklung verfolgen können. (Es ist zum Beispiel möglich, dass ein Leben relativ normal verlaufen ist, die Frau aber jetzt durch die unerwünschte Schwangerschaft seelisch zerrüttet wird.)

der UdSSR, in allen osteuropäischen Ländern, in England, Holland, Schweden und den USA angewandt.

Die Erfahrungen in all diesen Ländern haben gezeigt, dass die operativen Schwierigkeiten zum grossen Teil überwunden sind. Dennoch gibt es neben den juristischen noch psychologische Probleme, die nicht zu vernachlässigen sind. Es wäre die Aufgabe von sozialen Beratungsstellen und Abtreibungskliniken, die nicht nach dem Profitprinzip arbeiten, auch für die psychologische Betreuung der Frauen vor dem Unterbruch zu sorgen. Zumindest solange die herrschende Moral sich nicht von der Inkriminierung der Abtreibung gelöst hat, bedeutet jeder solche Eingriff eine (z.T. grosse) psychische Belastung für die betreffende Frau.

Was die «Volksvertreter» sagen

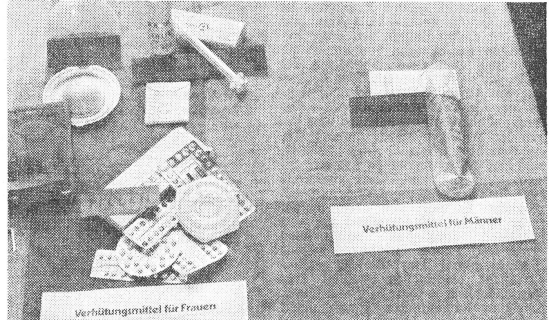
1971 wurde eine Initiative eines überparteilichen Komitees mit fast 60 000 Unterschriften eingereicht: Sie sieht die ersatzlose Streichung der §§118-121 des Strafgesetzbuches vor. Die Initiative würde zurückgezogen, wenn im Parlament die Fristenlösung (straffreie Abtreibung bis zur 12. Schwangerschaftswoche) bei freier Arztwahl die Mehrheit finden würde. Diese Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Denn bereits im Nationalrat errang die Fristenlösung keine Mehrheit, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie es auch im Ständerat nicht. Somit würde dem Volk allein die Initiative zur Abstimmung unterbreitet. Es sind nicht nur Pessimisten, die ihr, da sie Abtreibungen über den 3. Monat hinaus zulässt, wenig Chancen geben.

Bleibt alles beim alten?

FP, SP, SVP, LdU, PdA, GE, sechs Kantone (ZH, BE, SO, SH, AR, GE), sieben Frauenorganisationen und zehn weitere Organisationen sind für die Fristenlösung. Diese wäre bei freier Arztwahl tatsächlich ein Fortschritt gegenüber den bestehenden Verhältnissen. Ein Fortschritt auf gesetzlicher Ebene. Dieser Fortschritt, in andern Ländern längst Wirklichkeit, kommt jedoch erst da zur Entfaltung, wo er von einem wirksamen sozialen Betreuungs- und Beratungsdienst unterstützt ist. Verhütung muss Teil einer umfassenden Sexual- und Anatomikunde bilden. Verhütungsmittel müssen von den Krankenkassen finanziert oder gratis abgegeben werden. Für Abtreibungen müssen Praxen und Kliniken eingerichtet werden. Der Eingriff muss ebenfalls von den Kassen getragen werden.

Angesichts der gegen diese Lösungen kämpfenden Kräfte, Parteien wie Organisationen, heisse utopische Forderungen. Denn diesen Gruppierungen stehen reichlich finanzielle Mittel zur Verfügung. Werbekampagnen werden mit viel Emotionalität und heuchlerischer Menschlichkeit, ja sogar mit falschen Informationen über Abtreibungen durchgeführt. Und was vielleicht am meisten zählt: Es sind Männer, die über diese Sache entscheiden!

In Amerika und Frankreich haben sich aus dieser wenig hoffnungsvollen Situation heraus Selbsthilfeorganisationen von Frauen für Frauen gebildet. Da werden, neben Beratung und Betreuung, Frauen ausgebildet, um Abtreibungen nach der Abspaugmethode mit der Spritze vornehmen zu können. Selbsthilfe als einzig gangbarer Weg aus einer Situation des Unrechts heraus. Ob auch in der Schweiz allein dieser Weg bleibt, wird sich in diesem Frühsommer zeigen. (Zusendung) Ruedi King



Verhütungsmittel – vor allem für die mich damals, 1968, eine ungeheure Summe; ich war 21 und noch mehr oder weniger Studentin.

Anfang September suchte ich Dr. B. in einer Klinik am Rand der Stadt auf. Er zögerte, auf mein Verlangen einzugehen, aber ich beschwor ihn, für mich das gleiche zu tun, wie für meine Freundin vier Monate zuvor. Als er einen Scheidenab-

wehrungsmittel für Frauen
Verhütungsmittel für Männer

Die Suche nach einem Verhütungsmittel

Bei einem Arzt die Pille verlangen zu gehen kam für mich nicht in Frage. Das wäre dem Bekenntnis gleichkommen, sexuelle Beziehungen zu haben. Mangel der Pille praktizierten wir den Koitus interruptus, was für den einen wie für den andern unbefriedigend war. Aber wieder schwanger zu werden fürchteten wir zu sehr. Wieder lebte ich mit der Angst vor dem Ausbleiben der Periode. Kaum hatte

«Sie» 29, «er» 34, verheiratet seit drei Jahren, ein Knabe von 1 Jahren, sie erneut schwanger. Wegen Pillenunverträglichkeit reifte der Gedanke der Sterilisation schon frühzeitig. Wir bewohnten in einem kinderreichen 6-Familien-Haus (16 Gonen) eines sozial eingestellten Gemeinderats eine 4½-Zimmer-Wohnung. Schon bei den ersten Schwangerschaftskonsultationen des Hausarztes wies mich meine Frau ausdrücklich, gleich nach der Geburt sterilisiert zu werden. Unser sonst auch in geschlechtlichen Dingen aufgeschlossener Hausarzt schien diese Wünsche geflissentlich zu überhören. Im 6. Schwangerschaftsmonat erhielten wir Gewissheit, dass Zwillinge zu erwarten seien, die dann auch prompt sieben Wochen zu früh geboren wurden.

Zwischen den beiden Zwillingsgeburten wünschten meine Frau und ich beim anwesenden Chefarzt ausdrücklich noch mal eine gleich anschliessende Unterbindung. Nachdem mit einer halben Stunde der Unterbruch der zweite Zwillingsbruder (mit blauen Striemen am Körper) geboren war, riet uns der Chefarzt dringend, eine Unterbindung der Frau erst in drei Monaten ins Auge zu fassen, da Frühgeburten öfters kritische Überlebenschancen hätten.

Wir wollten ein, und nach besagten drei Monaten war uns klar, dass wegen der vielen Arbeit mit unseren drei Kleinkindern meine Frau unmöglich mehr für fünf Tage ins Spital zurückkehren konnte. Nach vielen Wenn und Aber seitens des Hausarztes kam doch jener Samstagvormittag an dem ich mich mit dem von Hausarzt veranlassenen Aufgebot und der von beiden Ehepartnern unterschriebenen Erklärung im Spital meldete. Als ich rasiert und mit sterilen Tüchern bedeckt auf dem Operationstisch lag, musste ich die letzte Hürde beim medizinischen Chefarzt nehmen, der mich nochmals über meine Zeugungskraft bis ins hohe Alter aufklärte, es zwar wesentlich lieber sieht, wenn sich die Frau unterbinden lässt und nicht der Mann.

Ich wurde schliesslich trotzdem unterbunden und heute, vier Monate nach dem Eingriff, sind wir beide froh, der früher ewigen Unsicherheit glücklich entronnen zu sein. Auch habe ich als Mann überhaupt gar nichts eingebüsst, im Gegenteil, wir dürfen Liebe ohne Angst erleben. Als lobenswert möchte ich noch meine Krankenkasse (Thalwil) und Umgebung erwähnen, die an die Kosten von 195 Fr. (Prof. R. Männedorf) sage und schreibe 170 Fr. vergütete, so dass mich die Be-

- Beratungsstellen
- Movimento Feminista Ticinese: Centro delle donne, via Ariosto, 6900 Lugano.
- FBB Zürich, Postfach 307, 8025 Zürich; Frauenzentrum INFRA, Lavaterstr. 4, 8002 Zürich.
- MLF Genève, Case postale 111, 1227 Carouge; Centre femmes, 7 rue Sismondi, Genève.
- FBB Bern, Postfach 1471, 3001 Bern; Kontakt: Liselotte Lüscher, Effingerstr. 4a, 3011 Bern
- MLF Lausanne, CP 1804, 1002 Lausanne; Kontakt: Françoise Ducraux, Tribunal Fédéral 2, 1005 Lausanne.
- MLF Fribourg; Kontakt: Hana Kubicek, Villars Vert 38, 1700 Fribourg.
- Kritisches Oberwallis Frauen: Kontakt: Marianne Spycher, Sandmatt, 3902 Glys.
- Chur: Kontakt: Claudia Andrea, Süsswinklegasse 12, 7000 Chur.
- St. Gallen; Kontakt: Doris Raschle, St.-Georgen-Str. 210, 9000 St. Gallen.
- Basel: Kontakt: Esther Gutzwiller, Burgundstr. 4, 4000 Basel.
- Information: Schweizerische Vereinigung für straffreies Schwangerschaftsabbruch (SVSS), Looslistr. 12, 3027 Bern.

streich nahm, traf er mit mir eine Abmachung für den folgenden Samstagvormittag. Das Geld sollte ich mitbringen, es käme mich jemand abholen.

Dank meinen beiden Brüdern, denen ich von persönlichen Schindeln erzählte, brachte ich innerhalb von vier Tagen das Geld zusammen. D., mein Freund, begleitete mich am Samstag. Er war durch dieses heimliche Treffen, durch diese Abtreibung, die in zwei Stunden erledigt

Betrifft: Abtreibung

«das konzept» begnügt sich nicht damit, über die Abtreibungsproblematik zu berichten; es kann Ihnen auch helfen, wenn Sie sich mit einer unerwünschten Schwangerschaft konfrontiert sehen. Wir haben soben ein neues Merkblatt in Sachen Schwangerschaftsabbruch herausgegeben, mit nützlichen Hinweisen, Tips und Adressen. Das Merkblatt enthält insbesondere die Adressen verschiedener Beratungsstellen und empfehlenswerter ausländischer Kliniken. Sie erhalten es gratis gegen ein frankiertes und adressiertes Couvert bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Zu den gleichen Bedingungen ist bei «das konzept» die Neuauflage der Liste von Ärzten erhältlich, die die Verordnung von Empfängnisverhütungsmitteln liberal handhaben.

Streiflichter

In der Spalte «Streiflichter» sollen in unorthodoxer Weise Aspekte der sog. «Kulturwelt» besprochen werden. Wohlwemer: Wir wollen Kultur in einem erweiterten Zusammenhang sehen, also nicht nur so, wie sie die Elite empfindet, sondern so, wie sie fürs Volk von Bedeutung ist.

Den Snobs und Flippern eins aufs Dach!

«In meinen Arbeiten hat die Politik den Vorrang vor der Kunst und nicht umgekehrt», schreibt der deutsche Polit-Künstler Klaus Staack in einem Begleittext zu einer Ausstellung seiner Plakate, Postkarten und Aufkleber, die kürzlich in Zürich stattgefunden hat. Wir möchten diesen Text unsern Lesern unterbreiten, da er ein neues Licht auf die Bedeutung kulturellen Schaffens wirft. Wir meinen, dass jeder, ob Produzent oder Konsument, daraus einige wertvolle Denkanstöße entnehmen kann.

In der «Zeit» vom 18. Juni '71 schrieb Wieland Schmied: «Welcher Beamte soll darüber entscheiden, ob das, was Gut-tuso, Matta, Kitaj, Hamilton, was Hrdlicka, Petrick, Sorge oder Staack machen, noch Kunst ist oder nicht, leicht doch schon Politik?»

So überflüssig diese Frage auch zu sein scheint, so gut lässt sich an ihr die Möglichkeit der Vermittlung politischer Inhalte durch die Kunst darlegen. Diese Absicht wird nur durch die Tatsache erschwert, dass es im Augenblick in Mode ist, dass jeder Kunstmanager seinen mehr oder weniger masselichen Sinn zum Thema Kunst und Politik beisteuert. Dabei sollte sich inzwischen herumgesprochen haben, dass es keine eigentliche politische Kunst gibt, wohl aber alle Kunst politisch ist. Leider werden diese Dinge ständig durcheinandergeworfen.

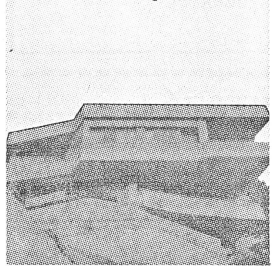
tungen gegenüber dem Metzger grösser sein als die an den Künstler? Unbestritten, dass es kein Schema, keine Gebrauchsanweisung für diese künstlerische Auseinandersetzung gibt. Um nicht missverstanden zu werden: Ich trete nicht etwa für eine vordergründige Politisierung der Kunst ein in der Form, dass alle Künstler nur noch Vietnam-Bilder machen sollten. Das Problem der Vermittlung politischer Inhalte durch die Kunst ist ohnehin eine nur schwer lösbare Aufgabe. Ich habe auf diesem Gebiet meine bitteren Erfahrungen.

Um zum Ausgangspunkt zurückzu-kehren: Die sichtbar törichte Frage nach noch Kunst oder schon Politik birgt in der augenblicklichen Situation eine gute Chance für einen wirksamen Ansatz. Nur das, was sich nicht einordnen lässt, stört und beunruhigt und hat überhaupt Chancen, im Sinne einer Veränderung wirksam werden zu können. Erst nach Beginn einer scheinbaren Gratwanderung zwischen Kunst und Politik sind meine Arbeiten bei einer breiten Öffentlichkeit auf Interesse gestossen. Der enger werdende Kontakt mit Leuten ohne Kunsthypothek hat mich zu immer klareren Mitteilungen geführt, hat mich mehr und mehr auf künstliche Kunststücken verzichten lassen. Diese Entwicklung hat mich zum Plakat geführt, zum Flugblatt, zur Gebrauchsanweisung, zur politischen Aktion. Dabei habe ich einige für meine Arbeit wichtige Erfahrungen gesammelt, die ich an einem erfolgreichen Beispiel aus jüngster Zeit erläutern möchte.

In der Woche der offiziellen Eröffnung des Dürer-Jahres liess ich auf dem Höhepunkt des überspannten Festrumfels in Nürnberg an 300 Litfasssäulen Plakate anschlagen. Diese Din A 1-Plakate zeigten die Vergrösserung von Dürers bekanntem Bildnis seiner früh gealterten Mutter. Darüber war deutlich lesbar gedruckt: «Würden Sie dieser Frau ein Zimmer vermieten?» Vom Tage der Plakatierung an meldeten sich beim städtischen Presseamt über 200 Anrufer täglich. Presseamt, Kulturdezernat, Stadtreklame und die Planungsgruppe Dürer-Jahr wurden mit Briefen und Anfragen überhäuft — ein auch für mich überraschendes und in diesem Ausmass nicht erwartetes Ergebnis. Entscheidend für den Erfolg war die Tatsache, dass die ganze Aktion absolut anonym durchgeführt wurde und weder Presse noch Stadtbürokratie verständigt worden waren — ich überhaupte zu keinem Zeitpunkt weder vorher noch nachher als Künstler in Erscheinung trat. Boulevardblätter nahmen sich der Sache an.

Deutsche Arbeiter!

Die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen



Staacks Beitrag zu den Wahlen 1972

Kunst zur Vermittlung politischer Inhalte

Grosse Teile des Bürgertums unserer Gesellschaft — und nur sie werden überhaupt von der Kunst tangiert — wollen die Kunst als Bestandteil der heilen Welt erhalten wissen, die Kunst als kultarisches Vehikel des faulen Friedens zwischen Eigenheim mit Vorgarten, Fernseher, Auto und Pommes frites. Der Künstler bleibt auf die Beschäftigung mit Farben und Formen verwiesen. Und man sagt — als hätte man ein schlechtes Gewissen dabei —, dass dadurch indirekt auch die Sensibilität für soziale Probleme geschärft werde. Mir liegt nichts ferner, als gegen die Bewältigung ästhetischer Probleme zu polemisieren. Nur: allzuoft dient der Ästhetikvorwand dazu, bewusst von der als unbehaglich empfundenen Realität abzulenken. Manche lebenden Künstler sind bestenfalls opportunistische Fluchthelfer aus dieser als schlimm empfundenen Welt; eine besondere Form des Betrugers. Nur so ist der Erfolg dieser Scharen von Illusionisten, Phantasten, Postsurrealisten, Wiener Schülern etc. zu erklären; nicht zu vergessen die meist epigonalen Spätkonstruktionen und die Op-Filmerer à la «Schöner Wohnen». Weite Bereiche der Gegenwartskunst liessen sich bequem unter die Rauschmittel subsumieren. Fest steht, dass die Hoffnungen, über eine indirekte Sensibilisierung zu einer humaneren Form des Zusammenlebens zu kommen, bitter enttäuscht wurden — leider. Statt dessen nimmt die Brutalisierung unserer Gesellschaft ständig zu, und das wohl kaum, weil zu wenig schöne Bilder gemacht wurden. In einer Zeit ständiger Zunahme lebensbedrohender Konflikte kann sich der Künstler nicht um seinen Beitrag zur Lösung der dringenden Fragen herumgönnen. Zumal er sich immer noch in elitärer Weise klüger dünkt als die breite Masse. Der Künstler in der Rolle des Belehrers, der für sich sogar Freiräume beansprucht, die ihm die Gesellschaft auch mehr oder weniger freiwillig einräumt, damit er im selbst erbetteten Ghetto so recht ungestört wackeln kann: zaubern, Wölchken malen, grüdeln, grauschimmern... Nur wenige nutzen die Privilegien erweiterter Freiheitsräume zur Arbeit für die Gesellschaft. Von jedem mündigen Staatsbürger verlangt man, dass er seinen ihm gemässen Beitrag zur Lösung der Probleme der Gesellschaft leistet, zwingt ihn zur Auseinandersetzung mit der Realität. Warum sollten die Erwart-



Würden Sie dieser Frau ein Zimmer vermieten?

Die Tageszeitungen fragten im Lokaltel und nicht im Feuilleton nach Urheber und Geldgeber und lieferten eigene Interpretationen und Kommentare zur Aktion. Eine zur gleichen Zeit in Nürnberg stattfindende Tagung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und eine Anti-Makler-Kampagne der Jungsozialisten lieferten den unmittelbaren politischen Kontext. Mit Ungläubigkeit und Anerkennung wurde später die Nachricht quittiert, dass es sich bei der ganzen Aktion um die Initiative und den finanziellen Einsatz eines einzelnen gehandelt hatte. Selbst Journalisten waren vor dieser Aktion der Meinung gewesen, dass jede Plakatierung einer behördlichen Genehmigung bedarf. Durch die Eigeninitiative von Privatleuten wurde die Plakataktion inzwischen in

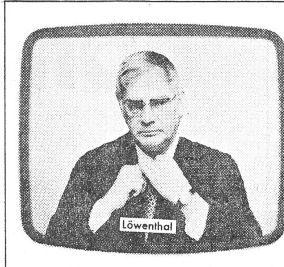
anderen Städten ebenso erfolgreich wiederholt.

Eine weitere wirksame Aktion wurde gerade in Kaufhäusern gestartet. Freunde ergänzen Fernsehapparate um eine notwendige Betriebsanleitung. Der Aufkleber ist handlich und unmissverständlich. Diese Beispiele liessen sich beliebig fortsetzen.

In letzter Zeit habe ich häufiger im Interesse der Neutralität der politischen Informationen die bildlichen Darstellungen durch Textfragmente ergänzt. Die Grenze zur reinen Agitation ist damit fließend geworden. Gerade die besonders stark vereinfachten Arbeiten hatten bisher die grösste Resonanz. Seitdem es mir gleichgültig ist, ob meine Produkte zur Kunst gerechnet werden, oder nicht, ist der Wert meiner Mittel freier geworden. Ich finde

ohnehin nichts peinlicher als den unglaubwürdigen modischen Polit-Glamour, das Übergiessen politischer Themen mit einer künstlerischen Saucen, um auch vor dem reaktionärsten Kunstkritiker noch bestehen zu können. In meinen Arbeiten hat die Politik den Vorrang vor der Kunst und nicht umgekehrt. Überflüssig zu sagen, dass das nicht die praktische politische Arbeit ersetzt. Die Resonanz auf meine jüngsten Arbeiten hat mich überzeugt, dass die Kunst durchaus für die politische Arbeit genutzt werden kann. Nur unpolitische Leute und Phantasten setzen übertriebene Erwartungen in die politischen Möglichkeiten des einzelnen in unserer Gesellschaft.

Die Kunst ist kein untaugliches Mittel zur Vermittlung politischer Inhalte. Klaus Staack



Kleiner, handlicher Aufkleber für Fernsehapparate

Walter M. Diggelmann: Erlesenes

«Die Gewehre der Frau Carrar»

Dieses Stück von Bertolt Brecht handelt vom spanischen Bürgerkrieg und vom Problem der Neutralität. Frau Carrar hat ihren Mann auf der Seite der Roten verloren. Und nun will sie nicht, dass auch die beiden Söhne getötet werden. Denn wer sich in die Gefahr begibt, kommt darin um. Sie vergräbt deshalb die von ihrem Mann hinterlassenen Gewehre. Sie will wieder mit General Franco noch mit den Republikanern etwas zu tun haben. Der Priester des Dorfes bestärkt sie in dieser Haltung, denn in der Bibel heisst es: «Du sollst nicht töten.» Aber es taucht ein Bruder ihres Mannes auf und sagt, er jetzt nicht gegen Franco kämpfe, kämpfe für ihn. Denn die Faschisten nähmen keine Rücksicht, seien a priori inhuman; um an die Macht zu gelangen, würden sie irgendetwas tun. Er sei ein wahres Erdmorden. Daran will Frau Carrar nicht glauben. Erst als man ihr die Leiche ihres ältesten Sohnes bringt, der als friedlicher Fischer von den Faschisten erschossen worden ist, gibt sie die Gewehre heraus und wird selbst aktive Mitkämpferin. (Fotsehen, ZDF, 3. 3. 75)

Neutralität? Wann müssen wir eingreifen? Wo und wann können wir uns nicht mehr hinter fadenscheinigen Bilsprüchen, hinter Wunschenken verstecken? Wer in den vergangenen Wochen Zeitungen und Zeitschriften gelesen hat, muss heute wissen, dass es eine Neutralität, ein Beiseitestehen à tout prix nicht gibt. Es sei denn, man gebe sich selbst auf. Gewiss, man mag sich unbeliebt. Doch lieber heute unbeliebt sein und morgen noch leben als umgekehrt.

Betriebsschliessungen und Kurzarbeit bald auf der ganzen Front. Die Unternehmer sind selbstverständlich nicht schuld daran. Es lebe die freie Marktwirtschaft. Konkurrenz bis zum Völkermord ist gesund. Was käme schon dabei heraus, wenn sich die Arbeitnehmer solidarisierten würden? Sozialismus, Kommunismus? Schrecklich! Der Egoismus muss uns heilig bleiben. Auch wenn wir daran verrecken. Der Vatikan wird uns dafür heiligsprechen. So einfach ist das. Die Reichen und Superreichen sind ungläubige Menschen. Auf Heiligen schein verzichten sie. Nicht auf den Profit. In die Kirchen gehen sie nur als Leithammel. Und die armen Schafe folgen ihnen. Sind eben nur Schafe. Die Arbeiter. Und das wissen die Arbeitgeber. Darum spenden sie auch so gerne für die Kirchen.

Zu den Gewehren greifen? Nicht so wie die Baader-Meinhof-Gruppe. Anarchismus führt zu nichts. Der bejahrte deutsche Kommunist Max Reimann sagt in der «Deutschen Volkszeitung» dazu: «Der Anarchismus ist eine utopisch-kleinbürgerliche, pseudorevolutionäre Ideologie und Bewegung, die mit der Herausbildung der kapitalistischen Grossproduktion entstand, die die kleinen Produzenten in ihrer Existenz ständig bedrohte, sie allen Schwankungen der kapitalistischen Produktionsweise, besonders den Gesetzen der Konkurrenz und des Profitmachens unterwarf.»

Und: «Nicht durch Revolvertum werden gesellschaftliche Veränderungen herbeigeführt, sondern nur, wenn die Arbeiterklasse gemeinsam mit allen anti-imperialistischen Kräften dafür kämpft,

wenn die Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit solcher Veränderungen überzeugt wird. Auf die diversen Gruppen in den verschiedenen kapitalistischen Ländern trifft zu, was Lenin in seinen Thesen zum Anarchismus schrieb: «Der Anarchismus ist ein Produkt der Verwerfung. Die Mentalität der aus dem Gleis geworfenen Intellektuellen oder des Lumpenproletariats, aber nicht des Proletariats.»

Zu den Gewehren! Bundesrat Gnägi, irgendwo im 17. oder 18. Jahrhundert beheimatet, hatte wieder einmal eine Glanzdele. Abgeklärt werden sollte, ob das berühmte ausserdienstliche Schiessen unserer Wehrmänner noch sinnvoll sei. Sinnvollerweise setzte Gnägi einen Kommissionspräsidenten ein, vom dem er wusste, dass er die Sonntagmorgenkallerei für sinnvoll hält: Oberbrigadier und Präsident der Stadt Luzern, Hans-Rudolf Meyer. (Man kann ja nicht davon ausgehen, ein Oberbrigadier sei Pazifist oder gar Antimilitarist.) Meyer: Die ausserdienstliche Sonntagmorgenkallerei muss sogar noch intensiviert werden. Dreissig Millionen darf uns dieser Schabernack nicht kosten. Dafür nehmen unsere Büetzer, die Soldaten, Kurzarbeiten in Kauf. Herr Meyer hat Kurzarbeit nicht zu befürchten. Als Oberbrigadier und Stadtpräsident dürfte er ausgelastet sein. Dazu kommen noch die Luzerner Musik-Festwochen. Finanziert von der Familie Bühler, Zürich, Walfenschiede.

Kurzarbeit und Betriebsschliessungen allenthalben. Sogar die prüde «NZZ» hat wirtschaftliche Schwierigkeiten. Zu seinem Leidwesen musste Chefredaktor Fred Luchsinger gleich vier Redaktoren kündigen. Vornehm, wie die alte Tante von der Falkenstrasse ist, legte Luchsinger via karrierbewusste Redaktoren diesen Mitarbeitern nahe, selbst zu kündigen. Denn merke: Die «NZZ» kündigt grundsätzlich nicht. Wenn's nicht anders geht, wenn nicht gespürt wird, ekkelt man die Leute aus dem Haus. Diesmal gelang nicht einmal mehr dieser Trick. «Von der Ihnen angebotenen Möglichkeit, dies (die Kündigung; AMD) von Ihrer Seite aus zu tun, haben Sie bis heute keinen Gebrauch gemacht. Deshalb muss ich Ihnen zu meinem Bedauern, mit Datum vom 1. Februar 1975, unsererseits die Kündigung auf den 1. Mai 1975 aussprechen...» In der Meinung, das Gesicht wahren zu können, weist Herr Luchsinger darauf hin, «dass der Ertrag der journalistischen Arbeit... hinter den Erwartungen der Redaktion stark zurückgeblieben ist...» Solche Worte an redaktionelle Mitarbeiter, die seit fünf und mehr Jahren dabei sind. Unter Fred Luchsingers Vorgänger, Willy Bretscher, sagen In-

frauenbewegung:
wir brauchen keine männer mehr!
österreichs ärzte sabotieren abtreibung
alice schwarzer: verzicht auf hausfrauenlohn
arnold künzli: patriarch tito gegen praxis
ernest mandel: für gleitende lohnskala
wie drück ich mich vorm bundesheer?

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumsstrasse 5 Tel. 93 33 53 Diese Anzeige fand ich in:
ich bestelle obiges Heft um 65 44 DM 6,50 sfr. kostenloses Probeheft
1. Jahreshabo um 65 360 DM 63 sfr 58 (Studenten 65 270 DM 40 sfr 45 / Nachweise)
NAME _____ ADRESSE _____

GE-PRESS-T

wirtschaft / arbeit

§ Inflation in Chile (nach Schätzungen der Junta) 1974: 340% Nach andern Schätzungen (auch Allende-Gegner!) jedoch 2200%! Lohnsteigerungen jedoch nur um 1000%. Der Unterschied resultiert aus der Berechnungsgrundlage: hier der Warenkorb nur der Reichen, da jener der Mehrheit der Bevölkerung.

§ Um 8-20% haben die Emser Werke, das grösste Industrieunternehmen in GR, die Löhne gekürzt; bei Frauen, deren Männer voll arbeiten, ging die Reduktion sogar bis 50%.

§ Grösste Massenentlassung in Zürich seit 25 Jahren: 350 Arbeitnehmer will das Kugellagerwerk SRO bis Ende September entlassen. Grund: Die Produktion eines gewissen Kugellagertyps sei aus Konkurrenzgründen nicht mehr rentabel.

§ 160 000 Kinder zwischen 10 und 14 Jahren sind in Spanien bereits in den Arbeitsprozess eingepannt.

§ In der USA bringen skrupellose Menschenschmuggler Ausländer über die Grenze. Kostenpunkt: 300 US-\$+1000 US-\$ für die Einwandererkarte. Obgleich bei diesen Transporten mehr Menschen ums Leben kommen als die jährliche Mordrate in den USA beträgt, drängen sich die Einwanderungswilligen: 2 5 Stundenlohn sind eben im Vergleich zu 4 5 Tagelohn bei über 50% Arbeitslosen in Mexiko immer noch verlockend.

side-Kenner, wäre solch asoziales Vorgehen niemals denkbar gewesen. Einer der Entlassenen ist immerhin Familienvater und steht vor dem Nichts. Es ist noch nicht so lange her, da hat ein anderer, so behandelt, sich das Leben genommen.

Zu den Gewehren greifen? Zu meiner Bubenzzeit hörte ich oft den Spruch, der und jener sei «keinen Schuss Pulver wert». Ist Dr. med. Gilgen, vorübergehend als Erziehungsdirektor des Kantons Zürich tätig, gegen das «Lernen zu lernen»? Gilgens letzter über Streich: Er verbot ein Schulexperiment, das sich beibehalten bewährt hatte. Schriftsteller Jürg Acklin und der Sozialwissenschaftler Christoph Kappeler unterrichteten seit 1972 gemeinsam eine Schulklasse vom 4. bis zum 6. Schuljahr. Sie hatten ein neues Konzept erarbeitet: «Lernen zu lernen». Gilgen lehnte gegen das «Lernen zu lernen». Auf ein Gespräch mit den Eltern der Schüler liess er sich nicht ein. Er, der als Landesring-Regierungsrat in einem Inserat für die kommenden Wahlen schreiben liess: «Chömed zum Znacht. Wir — die Unabgängigen — glauben, dass die Lösung der gemeinsamen Aufgaben im gemeinsamen Gespräch gefunden werden kann — me sät rede miteinander!»

Gilgen «abschiessen»? Aber doch nicht mit dem Gewehr. Das brauchen wir fürs ausserdienstliche Schiessen. Und zudem ist G. wirklich «keinen Schuss Pulver wert». Da müsste er erst einmal «lernen zu lernen». Bloss Auswendiglernen genügt allenfalls, um Dr. med. zu werden. Sind unsere Universitäten so schlecht?

An die Gewehre? Nein, an die Wahlurnen.

Im «Tages-Anzeiger-Magazin» vom 1. März 1975 las ich ein Interview mit Charles Bettelheim, Professor an der Ecole Pratique des Hautes Etudes in Paris. Charles Bettelheim gilt in Frankreich als führender marxistischer Ökonom und Spezialist für die Probleme der Ökonomie im Sozialismus. Er kennt Russland, China, Indien, Kuba, Viet-

«das Konzept» — ein Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!

nam durch eigene Anschauung. Er lobt Russland zum Beispiel nicht, Russland könnte besser dastehen. Über unseren Ehrengast Soltschenizyn schreibt er: «Soltschenizyn kritisiert die Sowjetunion vor allem aus der Sicht der Bourgeoisie. Und seine Ideologie ist im grossen ganzen die eines reichen Bauern. Er sagt, sein Vater sei ein reicher Bauer gewesen, der sich durch Arbeit emporgebracht habe. Aber man weiss ja, was das heisst: durch die Arbeit der andern. Also Kulaken-Ideologie... Er sieht gar nicht so sehr im Gegensatz zur sowjetischen Staatsideologie, und die ist ziemlich reaktionär. Dass es Gewerkschaften, Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Demokratie gibt, auf allen Ebenen, das scheint Soltschenizyn ganz unerträglich.»

NEUES FORUM

märz 1975

Fluchtgefahr

ein Film von Markus Imhoof
dem Autor des verbotenen Zuchthausfilms «Rondo»



mit Wolfram Berger
Matthias Habich
u.v.a.

ein Kunststück (Tages-Anzeiger)
der vielleicht beste deutschschweizerische
Spielfilm überhaupt (Basler Nachrichten)
Imhoofs Zuchthauswelt ist physisch
erlebbar, man riecht sie förmlich (Cinéma)

Uraufführung Mitte März
Basel, Kino Mascotte
Bern, Kino Studio

anschl. folgen:
Luzern, Winterthur,
Zürich, St. Gallen,
Schaffhausen, Chur

Das grösste Spezialgeschäft
der Schweiz, ausschliesslich
für TaschenElektronenRechner
(TER). Einmalige Auswahl
bekanntester Weltmarken.

ab Fr. 65.-

Einfache Rechner, 4 Operationen.
%-Automatik, mit und ohne Speicher
oder √ usw.

Adler	Colex	Royal
Anita	Ibico	Sanyo
Aristo	Interton	Sharp
Berkey	Kovac	Sinclair
Brother	Lloyds	Texas Instr.
Canon	Monroe	Toshiba
Commodore	Olivetti	Unisonic
Casio	Remington	Victor
Citizen	Realtone	

Technisch-wissenschaftliche Rechner
ohne Exponential-Funktionen

Adler	Casio	Remington
Anita	Colex	Sinclair
Aristo	Commodore	Sharp
Brother	Ibico	Unisonic
	Intertone	

Technisch-wissenschaftliche Rechner
mit Exponential-Funktionen

Canon F7	590.- + 88.- Akku
Commodore SR36	295.- inkl. Adapter
Realtone SC40	365.- inkl. Adapter
Texas Instr. SR50	398.- inkl. Adapter

Fachliche Beratung
Garantie
Nachnahmeversand

Beachten Sie diese Inserate,
sie zeigen Ihnen die
aktuellen Börsenangebote
zu Tagespreisen.

SENSATIONELLES BÖRSEN- ANGEBOT: TEXAS INSTRUMENTS SR 50

der meistgekauft
technisch-wissenschaftliche
TASCHENELEKTRONENRECHNER

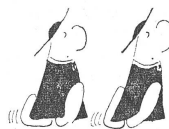
Börsen-
Angebot **Fr. 368.-**
(inkl. Adapter)

Grösste Auswahl bekanntester Weltmarken vom einfachsten bis
zum technisch wissenschaftlichen Rechner. Einmalig in der
Schweiz bei:

FAIGLE-TER-BÖRSE LOCHERGUT, Tramhaltestelle Sihlfeld
Badenerstrasse 236, 8004 Zürich, Telefon 39 54 00

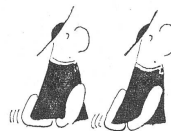
FAIGLE TER BÖRSE LOCHERGUT

alle wege



führen nach

ROM



23.3.-31.3. BAHN/FLUG FR. 275.-

27.3.-31.3. BAHN/FLUG FR. 245.-

31.3.- 6.4. FLUG/FLUG FR. 335.-

6.4.-13.4. FLUG/BAHN FR. 285.-

INKL. HOTEL UND FRÜHSTÜCK.



SSR

SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST

BASEL BERN GENÈVE LAUSANNE LYON NEUCHÂTEL
ST.GALLEN ZÜRICH

Das homosexuelle Verlangen

von Guy Hocquenghem Brosch., 164 S., Fr. 12.90

«Nicht das homosexuelle Verlangen ist problematisch, sondern die Angst vor der Homosexualität.»

Le désir homosexuel. G. Hocquenghem. (français) Br. 121 p. Fr. 10.50

«him», das magazin mit dem mann

Monatliche Zeitschrift, ill., mit Informationen, Einzelnummer Fr. 9.50.

«hey», Gay-Magazin

Monatlich. Organ der S.O.H. Einzelnummer Fr. 6.-.

Abonnementspreise (Lieferung weiterer Zeitschriften) über Peter Thommen, Buchhändler, Postfach 177, 4018 Basel, PC 40-67761 (Versand Fr. 1.-)

das konzept im Februar

«Ich habe abgetrieben!»: Schwangerschaftsabbruch-Report 1. Teil
• Solothurner Filmtage: Zurück zum Konformismus?
Nummer verpasst? Nachbestellungen gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei «das konzept», Redaktion, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

DISSERTATIONEN	bei Expl.	DM pro Seite
druckt exzellent	70	3.30
von DIN A4-Vorlage	100	3.45
auf DIN A5-Format	150	3.65
	200	3.80
	300	4.25

3392 Clausthal-Zellerfeld | Frachtabbilligung
Fach 29 Ruf 05323/3525 | Raster billigst!

Angebot anfordern

Gesucht für die Sommermonate
flinke, ehrliche, aufgeweckte

STUDENTINNEN

als Servicemithilfen in neuener-
viertes, praktisch eingerichtetes
Familienhôtel in schöner Ferien-
egend.

Bitte schreiben sie uns:
Fam. D. Maron
Sporthotel Krone
7075 Churwalden
bei Lenzerheide/Valbella

Bringen Sie Ihre wissen-
schaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27



Psychologie

Métraux, Alexandre, Dr. phil., New York
Graumann, C. F., Prof. Dr. phil., Heidelberg
(Herausgeber)

Versuche über Erfahrung

Mit Beiträgen von W. Blankenburg, C. F. Graumann, J. J. Kockelmans, A. Métraux, W. Metzger, H. Müller-Suur, H. Spiegelberg, B. Waldenfels
1975. 135. Seiten, kartoniert 24 Fr.

Die Aufsätze wurden in der Absicht verfasst, die von Philosophie und Erfahrungswissenschaft immer neu gestellte Frage nach Funktion und Eigenschaft der Erfahrung aufzugreifen. Einem derartigen Unterfangen kann nur dann Erfolg beschieden sein, wenn Vertreter mehrerer Disziplinen – Psychologie, Psychopathologie, Philosophie – zu Wort kommen.

Schraml, Walter J., Prof. Dr. med. et phil.
Baumann, Urs, Dr. phil., Zürich
(Herausgeber)

Klinische Psychologie I

Theorie und Praxis
3., überarbeitete und erweiterte Auflage, 1975. 756 Seiten, gebunden 86 Fr.

In diesem ersten Band des zweibändigen Lehrbuchs befassen sich 30 Autoren in 25 Kapiteln mit folgenden Gebieten: Klinische Soziologie und Sozialpsychologie, Psychodiagnostik im klinischen Bereich, Psychische Behandlungsmethoden.

Verlag Hans Huber

ABGABETERMINE

sind oft entscheidend. Benachrichtigen
Sie uns frühzeitig — dann wird Ihr
Termin zu unserem Termin. Wir

SCHREIBEN VERVIELFÄLTIGEN BINDEN

Ihre wissenschaftlichen und technischen
Arbeiten.

Ihr Wohnort spielt keine Rolle.

Dactylo-Bureau-Service
F. u. U. Hiss, Telephon (061) 23 11 55
Frobenstrasse 42, 4053 Basel

«Fluchtgefahr» – ein Anti-Kriminalfilm

Wie einer zum Verbrecher wird und Verbrecher bleibt

Am 24. Februar fand in der Strafanstalt Basel vor Pressevertretern die Erstaufführung des Films «Fluchtgefahr» von Markus Imhoof statt – in jenem Gefängnis also, das mit seinen Insassen als Kulisse der meisten Filmzweigen gedient hatte. Die Pressevertreter erhielten anlässlich einer Führung durch die Strafanstalt und

einer Podiumsdiskussion mit Fachleuten Gelegenheit, sich vom Strafvollzug ein – notgedrungen oberflächliches – Bild zu machen. Doch was man bei Rundgängen nicht sieht und in Diskussionen nicht hört, zeigt der Film: die Realität des Strafvollzugs in geschlossenen Gefängnissen. Martin Killias

Der Film zeigt die Geschichte des 23-jährigen Bruno Kuhn (dargestellt von Wolfram Berger). Lappalien brachten Bruno vor sechs Jahren zum erstmaligen mit der Justiz in Kontakt: eine Standardblatfälschung im Jungschützenkurs und

In diesem Beitrag wird der Film «Fluchtgefahr» aus eher kriminologischer Sicht beleuchtet. Der Verfasser ist Jurist und befasst sich seit längerer Zeit mit Kriminologie und den Problemen des Strafvollzugs. In einem späteren Zeitpunkt werden wir voraussichtlich noch auf einige filmische Belange zu sprechen kommen. Zurzeit läuft der Film in Basel und Bern aus, im April auch in Luzern. Zürich wird noch einige Zeit darauf warten müssen.

eine «Töffli-Geschichte». Sie führten dazu, dass Bruno nicht, wie er es sich gewünscht hätte, Automechaniker werden konnte. – Zur Strafe geht er weiter eine Vorstrafe nach der Rekrutenschule.

Durch Kleinigkeiten in die Justizmühle

Wieder sind es eigentlich Lappalien, durch die Bruno in die Fänge der Justiz gerät. Er arbeitet in einer Autogarage, nicht als Mechaniker, sondern als Tankwart und Autowascher. Zuerst in der Hackordnung* des Betriebs also. Eines Tages benutzt er eine günstige Gelegenheit zu einer Spritzfahrt. Der Wagen hat eine Panne, Bruno versteckt ihn – aus Angst vor der unvermeidlichen Auseinandersetzung – am Waldrand und macht sich aus dem Staub.

Ohne Geld in der Tasche steht er in einer kalten Regenacht. Mehr aus dem Bedürfnis nach warmer Geborgenheit als in «Bereicherungsabsicht» (s. Art. 137 StGB) bricht er in eine Villa ein, «plündert» den Kühlschrank, breitet die Kleider zum Trocknen aus und legt sich auf dem Sofa schlafen – nicht aus Frechheit, sondern so, wie man vor einem unvermeidlichen Ende die Augen verschliesst. Es dauert nicht lange, bis seine Ruhe durch zwei Landjäger mit Hundern gestört wird.

Nicht unfreundlich, aber mit dem unüberhörbaren Unterton «Du gehörst auch zu denen» wird Bruno von der Justiz aufgenommen. Da läuft alles mit dem Zynismus der Routine: Fingerabdrücke, Polizeifoto von drei Seiten, Körpermasse – die Frage nach dem Warum ist schon gar nicht vorgesehen. Nach dem gleichen Schema verläuft das Verhör: es geht nur darum, möglichst viele pendente Fälle vom Tisch zu haben – Motive interessieren nicht.

Die Wertordnung im Gefängnis will leiden

Als kleiner Fisch, den niemand ernst nimmt und über den nicht einmal die Zeitungen berichten, kommt Bruno vom Untersuchungsgefängnis in die Strafanstalt. Hier lebt er wieder einmal zunterst in der Hackordnung. Die Kontakte zu seiner früheren Umgebung sind zerbrochen. Der Vater (Bahnarbeiter) hat ihm das Haus verboten, die Freundin will nichts mehr von ihm wissen. Er spürt, wie die Normalität für ihn in unerreichbare Ferne gerückt ist.

So bleibt ihm nichts, als sich seiner neuen Welt anzupassen. In dieser Welt herrschen dieselben Bräuche wie draussen im kriminellen Milieu: was zählt, ist Männlichkeit in härtester Form. Wer diesem Leitbild nicht zu entsprechen vermag, wie der homosexuelle Coiffeur oder der «Baby-Figiger», hat es schwer.

Bruno gibt sich alle Mühe, den herrschenden Massstäben gerecht zu werden. Er beginnt, bei den kriminellen Protzereien seiner Kameraden mitzuhalten, und beim nächsten Verhör gibt er jenen Überfall auf den kleinen Bahnhof zu, dessen er verdächtigt worden war, den er aber gar nicht begangen hat. Bei der Rekonstruktion des Tatvorgangs spielt er glaubhaft (und mit sichtlichem Stolz) die Rolle des gefährlichen Räubers. So wird der «Fall Kuhn» plötzlich interessant, und innerhalb seiner Gefängniswelt erfährt Bruno die gebührende Aufwertung.

Nun darf auch er beim Schwarzhandel mithalten, mit ihm, wenn er Scheraback treibt, und sogar die aufblasbare Gummi-Marie darf er beim Zuhälter (gegen Zigaretten, das Knastzahlungsmittel) für eine Nacht mieten. (Anschaulicher könnte man das Sexualproblem der Gefangenen nicht darstellen!) Winarski (Mathias Habich), der

«starke Mann» im Knast, dem alle Respekt schulden, weilt ihn in seine Fluchtpläne ein und ist bereit, mit ihm zusammen auszubringen.

Doch schliesslich kommt Bruno Hochstapelei ans Licht, und er ist wieder der kleine Fisch, über den alle lachen. Winarski will von gemeinsamer Flucht nichts mehr wissen. Doch Bruno identifiziert sich nun erst recht mit seiner Rolle als Krimineller, auch wenn ihm die anderen nicht akzeptieren. In trotziger Verschlossenheit entwickelt er Abwehrkräfte.

Flucht ohne Ausweg

Ein erster Fluchtversuch Winarskis misslingt. Die Aufseher sind noch nicht dahintergekommen. In dieser Lage ist Winarski für die Mitgefängenen erpressbar. Auch Bruno sieht nun seine Chance kommen. So entschliesst sich Winarski zur gefährlicheren Variante seiner Fluchtpläne: zusammen mit Bruno am hellen Tage während der Arbeit mit dem Hubstapler an die Gefängnismauer und mit einem riskanten Sprung hinüber in die Freiheit. Die improvisierte Flucht gelingt. Mit einem gestohlenen Auto gelangen sie zu einem Gerätewagen im Wald. Dort kleiden sie sich ein und verbrennen ihre Anstaltskleider.

Im Gerätewagen finden sie Sprengstoff. Winarski weiss auch bereits eine Verwendung dafür. Bruno jedoch will bei Winarskis Coup nicht mitmachen. Irgendwie möchte er mit der wiederge-

wonnenen Freiheit etwas anderes anfangen. Aber was?

Wie wenig Wahlfreiheit er tatsächlich hat, realisiert er, als Winarski ihn, den Zauderer, einfach sitzenlässt und mit dem gestohlenen Auto davonfährt. Aus dem Gerätewagen holt Bruno ein Mofa, und weil ihm nichts anderes einfällt, fährt er nach Hause. Doch bei Kuhns ist die Wohnung verschlossen.

Trotzig geht er wieder fort, um die ihm zugedachte Rolle des Kriminellen zu Ende zu spielen. Mit dem Sprengstoff vom Gerätewagen geht er zur nahen Bahnstation, um seinen grossen Coup zu landen. Doch sprengt er den Kassen-schrank so gründlich, dass das Geld in kleinen und kleinsten Fetzen davonfliegt.

Von Panik ergriffen, macht sich Bruno aus dem Staub. Im letzten Bild führt er auf dem Mofa in den dämmernden Morgen hinaus – nach nirgendwo. Das Ende ist klar: in spätestens zwei Tagen wird Bruno ins Gefängnis zurückkehren – als respektablerer Fisch diesmal.

«Fluchtgefahr» als Lehrstück

Imhoofs Film ist ein Lehrstück, das die heute vorherrschenden Theorien zur Kriminalisierung bestens illustriert. Namentlich zu zwei theoretischen Ansätzen liefert der Film ausgezeichnetes Anschauungsmaterial:



Sexualität im Knast: Plastik statt Liebe.

Die aufblasbare Gummi-Marie wird von ihrem Zuhälter gegen drei Pakete Zigaretten «ausgemietet».

De mortuis nil nisi bene

In den Todesanzeigen waren sie treuernde Väter und liebende Mütter, ihr Leben war Pflichterfüllung und Dienst am Mitmenschen, und allesamt hat der Tod sie, wenn nicht plötzlich, so nach langem, mit vorbildlicher Geduld ertragenem schwerem Leiden dahingerafft. Auch in den Nekrologen ist, so es welche gibt, meist von Hingabe, Verdienst und unermüdlichem Einsatz die Rede. Davon, dass sie ihre Kinder vernachlässigt, ihre Mitmenschen drangsalieren, ihre Untergebenen ausgebeutet haben und in ihren letzten Lebensjahren vielleicht zum Schrecken des Pflegepersonals und der Angehörigen geworden sind, davon schweigt der Sängers Höflichkeit. Denn wie schon die Lateiner sagten: De mortuis nil nisi bene – den Toten soll man nichts Böses nachsagen.

Dagegen ist, was Todesanzeigen und Nekrologe betrifft, gewiss nicht allzu viel einzuwenden. Wozu den Toten trösten, wo er sich doch nicht mehr wehren und schon gar nicht mehr bessern kann. Aber wenn nun diese pietätvolle Lobhudelei auch noch in biographische Nachschlagewerke hineingetragen wird, die doch den Anspruch erheben, auf Jahre hinaus Gültigkeit zu haben, wird das Prinzip doch etwas fragwürdig.

Was konkret gemeint ist? Da gibt es in Basel eine Redaktion, die ein «Biographisches Lexikon vorstorbener Schweizer» herausgibt; in Vorbereitung ist derzeit der 7. Band. «Aufgenommen werden», so die Ankündigung des Verlages, «vorstorbene Schweizer, die sich auf irgendeinem Gebiet menschlichen Schaffens ausgezeichnet haben und nicht einfach der Vergessenheit anheimfallen sollen.» Und weiter: «Das Biographische Lexikon verzeichnet neben Menschenfreunden, die sich für das allgemeine

Wohl eingesetzt haben, sowohl Köpfe der Wissenschaft, der Industrie, der Erziehung, der Politik und Kunst als auch die stillen, jedoch nicht weniger bedeutsamen Hüter und Mehrer unserer kulturellen Werte, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden haben.»

Wenn Sie nun also einen solchen «Hüter und Mehrer» in der Familie haben und dieser das Zeitliche gesegnet hat, kann es passieren, dass Sie eines Tages einen vorgedruckten Brief bekommen, in dem Sie auf das Bestehen dieses bedeutenden Werks hingewiesen werden und in dem es heisst: «Wir zweifeln nicht daran, dass auch Sie Ihrem verehrten verstorbenen Angehörigen... (hier folgt der Name nebst allfälligen Titeln) dieses unvergängliche literarische Denkmal setzen möchten und damit gleichzeitig beitragen, das Biographische Lexikon zu einer möglichst lückenlosen Dokumentation zu gestalten.» Und damit auch kein Zweifel darüber aufzukommen vermag, in wie guter Gesellschaft sich der liebe Verstorbene befinden wird, erhalten Sie eine Liste der in Band 6 «erfolgten u.a. Würdigungen (Darstellungen)», die sich in der Tat sehen lassen kann. Da gibt es Divisionäre und Korpskommandanten, Hoteliers und Bundesräte, Professoren selbstverständlich und ferner jede Menge Direktoren und Fabrikanten. Die volle Seite à 3000 Buchstaben mit Bild zu 385 Fr., die halbe Seite à 1000

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «das Konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abonnenten! In dieser Nummer.

• Die Kriminalisierung wird als Lernprozess begriffen, der sich in Inimgruppen (zum Beispiel bei den Insassen einer Anstalt) abspielt und in welchem dem Neuling ausser technischen Fertigkeiten auch die Einstellungen, Motive und Rationalisierungen vermittelt werden (Theorie der differentiellen Assoziation). Diesen Prozess illustriert besonders die allmähliche Eingliederung Brunos in die Gefangenenkultur, welcher er sich nicht nur äusserlich anpasst, sondern von welcher er auch die entscheidenden Wertvorstellungen (zuerst in der Hierarchie steht, wer das waghalsigste Delikt begangen hat) übernimmt.

• Derjenige wird zum Kriminellen, den seine Umwelt als solchen ansieht und entsprechend behandelt (Rollen- und «labeling approach»), und zwar insofern, als diese Theorien die Kriminalisierung als Prozess einer Rollenzuschreibung erklären. Bruno erleidet Rollenzuschreibung, wenn ihm sein Vater das Haus verbietet, wenn seine Freundin mit ihm bricht oder wenn die Anstaltsbesucher, an denen er zufällig vorbeigeführt wird, mit ängstlichen Blicken vor ihm zurückweichen. Am stärksten aber spielt sich der Kriminalisierungsprozess im Kontakt mit der Justiz, der Polizei wie den Aufsehern im Gefängnis, ab.

Dabei werden die Polizisten und Aufseher im Film nicht als Idioten oder als sadistische Charakterschweine gezeichnet. Vielmehr sind sie als Gefangene eines Systems dargestellt, das auch sie zur Anpassung an ein vorgegebenes Rollenschema zwingt. Es ist ihre Unteroffiziersrolle, die von ihnen ein ganz spezifisches Verhalten gegenüber der Gefangenen wie auch gegenüber ihren Kollegen und Vorgesetzten verlangt. Echte zwischenmenschliche Kommunikation lässt dieses System nicht zu.

Sehr treffend gezeichnet sind auch die Personen, die ausserhalb dieses Systems stehen und die aus der Distanz, die sie von der Anstaltswirklichkeit trennt, scheinbar grosszügig (Psychiater...), können ruhig offen mit mir sein, ich mache das schon lange genug... oder aber moralisierend-herablassend (Untersuchungsrichter: «Wänns Gwüsse halt mal abgestumpft...») auftreten können – also humanistische Phrasendrescherei als Vorrecht der Aussestehenden.

Ratlose Diskussionsrunde

Imhoofs schonungslose Analyse des Strafvollzugs wurde bei der anschließenden an der Uraufführung durchgeführten Podiumsdiskussion (Teilnehmer: Markus Imhoof, Politiker, Experten und Praktiker des Strafvollzugs, zwei Gefangene) im wesentlichen bestätigt. Vor allem kam in Voten sowohl der Insassen als auch der Experten zum Ausdruck, dass der «Fall» des jungen Bruno Kuhn durchaus typisch für viele andere Gefangene ist. Markus Imhoof hat bewusst darauf verzichtet, die (wohl dramatische) Geschichte eines hartgesottenen Verbrechens darzustellen; eines der Hauptziele des Films sei es gerade, das von Zimmermann («Aktzeichen XY») der Öffentlichkeit vermittelte Bild des gefährlichen Kriminellen mit der «blöden Wirklichkeit der kleinen Fische zu konfrontieren und dadurch zu zerstören; insofern sei «Fluchtgefahr» ein Antikriminalfilm.

Das negative Image des Gefangenen, der von der Öffentlichkeit weitgehend als einer angesehen wird, der sich alles

Buchstaben zu 250 Fr., Leinwandband und Goldprägung inbegriffen. Wer möchte solche Lehren in einem liebe Verstorbenen vorhalten, zumal versichert wird, dass die Bände nebst Hochschulen und staatlichen Bibliotheken auch zu Tausenden die Privatbibliotheken der Nachkommen zieren? Nein, da sollten wir grosszügig sein. Was sind schon lächerliche 250 oder 385 Franken im Zeichen zunehmender Teuerung und Anknirschens des ewigwertigen einer solchen Publikation! Und getrost: der liebe Verstorbene braucht nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden zu haben, o nein, so anspruchsvoll wollen wir nicht sein, er braucht nicht Corbuser oder Jaspers, nicht Giacometti oder Amiet geheissen zu haben, er kann auch im stillen... Irgend etwas wird er ja wohl getan, irgend etwas wird er doch gehütet oder gemehrt haben und sei es nur das eigene Geld. Denken Sie gut nach, dann fällt Ihnen schon was ein: die kleine Fabrik, bedeutsam für den Ort, den sie beherrscht hat, der militärische Rang, der zum Befehlen verlockte, das Hotel, klein, aber fein im Dienste zahlungswilliger Gäste. Das reicht schon, um in die erlauchte Gesellschaft verstorbener Bundesräte und militärischer Würdenträger, bedeutender Künstler und renditebewusster Generaldirektoren aufgenommen zu werden. Und damit ja nicht schiefeht, liegt dem verlockenden Angebot auch eine vorgedruckte und vorfrankierte Antwortkarte bei mit der Rubrik: «Hiermit gebe ich Ihnen nachstehende Angaben bekannt...» Am besten, wir füllen sie bei Lebzeiten schon aus und hinterlegen sie, zusammen mit dem Testament, beim Rechtsanwalt – Teuerungsrate nicht vergessen! –, so gehen wir am sichersten, dass nach unserem Ableben auch wirklich nichts Nachteiliges über uns bekannt wird, wobei wir es selbst in den erhabenen Genuss kommen, der – wer wollte es bestreiten? – mit der Lektüre des eigenen Nachrufs verbunden ist. Klara Obermüller

selbst zuzuschreiben hat, ist nach Ansicht von Professor Stratenwerth einer der Hauptgründe für die offenkundige Vernachlässigung des Strafvollzugs (Rückfälligkeit: 60–80%) bei der Festlegung der Prioritäten innerhalb der Staatsaufgaben. Da Reformen immer Geld kosten, sei eine Besserung der Verhältnisse langfristig nur zu erwarten, wenn die Bereitschaft der Öffentlichkeit, Mittel für diese Aufgabe einzusetzen, zunehme.



Bruno wird polizeilich fotografiert und registriert.

«In der Summe des Unnötigen entlarvt sich das Wesentliche» (Imhoof über «Fluchtgefahr»).

Die Aussichten für eine solche Änderung sind nicht eben gut, denn die Straffälligen sind eine kleine, machtlose Minderheit, deren Stellenwert im politischen Willensbildungsprozess gleich Null ist. Welcher Politiker, welche Partei exponiert sich schon gerne auf einem Gebiet, wo es kaum Stimmen zu gewinnen, aber viele zu verlieren gibt?

Mit dem Hinweis auf die reformunwillige Öffentlichkeit waren denn auch die Politiker schnell zur Hand, als es galt, die Mängel des Strafvollzugs zu entschuldigen. Wieviel die bei solcher Gelegenheit bekundete Reformfreudigkeit der Behörden ernst gemeint oder nur Alibi ist, kann man als Aussestehender kaum beurteilen. Wer die Auseinandersetzung um das Zürcher Jugendkriminalitätsgesetz mitverfolgt hat, wird solchen Beteuerungen eher mit Skepsis begegnen. Im übrigen nahm die Diskussion einen eher erstaunlichen Verlauf: obwohl der heutige Strafvollzug in «Fluchtgefahr» schonungslos kritisiert wird, vernahm man von seiten der Verantwortlichen keine empörten Entgegnungen, sondern höchstens Entschuldigungen für die – im allgemeinen unbestrittenen – Mängel. Darüber, wie die im Film aufgezeigten Strukturen verändert werden könnten, herrschte aber völlige Ratlosigkeit, hinter der auch sehr viel Resignation durchschimmerte.



planung/umwelt

Bei rund 70% von 600 untersuchten Taxifahrern, Tram- und Bus-Chauffeuren in Wien wurde ein gesundheitsschädigender Blauschimmel im Blut festgestellt.

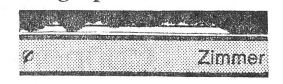
Laute Ergebnisse der Volkszählung 1960 (neun Angaben liegen noch nicht vor) waren in der Schweiz Eigentumswohnungen mit durchschnittlich 0,77 Personen pro Raum belegt, Mietwohnungen mit 0,93 und Genossenschaftswohnungen mit 1,01. Am engsten wohnen Arbeiter mit 1,03 Personen/Raum, am angemessensten die Selbstständigerwerbenden mit 0,59.

Der Berner Grosse Rat hat den Regierungsrat beauftragt, eine Studieninitiative zur Bestimmung von Zweiwohnungen auszuarbeiten. Damit sollen die hohen Infrastrukturkosten gedeckt werden, die den Berggemeinden aus den Weekend- und Ferienhäusern entstehen.

Gehörten 1960 noch 73,4% der 1,58 Mio. besetzten Wohnungen der Schweiz Privatpersonen, so waren es 1970 nur noch 67,9% von insgesamt 2,05 Mio.

Das Einkaufszentrum Tivoli in Spreitenbach AG schuldet der Gemeinde 7000 Franken und hat Handwerkerrechnungen in der Höhe von 23 Mio. Franken noch nicht bezahlt. Die Gemeinde hat vom Einkaufszentrum, der direkt neben dem Shopping-Center Sprottenbach steht, überhaupt nichts, meinen die Kritiker.

Aufgespiess...



Zu vermieten in Dübendorf

8 Zimmer

(8 4 Pers.), möbliert, geeignet für Fremdarbeiter oder Studenten etc. Hochheigeheilt, fit Warm- und Kaltwasser, Dusche etc. Wäsche und Zimmerreinigung inbegriffen.

Auskunft erteilt Tel. (01) CO225

* Als «Hackordnung» wird eine hierarchische Machtstruktur bezeichnet, in der genau festgelegt ist, wer wen «hackt», das heisst, wer wem Befehle und Rügen ausstellt und wer sie von wem entgegenzunehmen hat. Zuerst sitzt der, der alle hacken darf, aber selbst von niemandem angesetzt wird; zunterst sind die, welche von überall Prüfte erhalten, aber ihrerseits keine ausstellen dürfen.

Westafrika zwischen Feudalismus und Grüner Revolution

Die Macht des Dorfbonzen

In der Beurteilung der russischen Revolution scheiden sich die Geister an der Kulakenfrage: Welche Bedeutung kommt der plötzlichen und gewaltsamen Entmachtung der reichen Bauern nach der Abkehr von der Neuen Ökonomischen Politik der frühen zwanziger Jahre zu? Für die bürgerlichen Beobachter war der Kulak der moderne landwirtschaftliche Unternehmer, der als Sündenbock für das völlige Versagen der frühsozialistischen Wirtschaftspolitik erhalten musste. Für den sozialistischen Politiker hingegen stand fest: Die russische Dorfgemeinde war durch die Revolutionswirren vollends aufgelöst worden und noch immer halbtot.

Dadurch fiel es dem Kulaken leicht, die Grundlagen des Sozialismus auf dem Land und damit in Russland überhaupt zu zerstören. Seither steht in allen sozialistischen Revolutionen, die eng mit der Bauernfrage verknüpft sind, und das heisst in der dritten Welt schlechthin, die Kulakenfrage weit vorne auf der geschichtlichen Tagesordnung. Ich möchte die Gefährlichkeit des Kulaken an einem Einzelfall aus einer afrikanischen Gegend darstellen, die freilich noch keinerlei sozialistische Umwälzung durchgemacht hat: an dem Händler Alhadji Amara Gumaneh im Dorfe Koina im westafrikanischen Gambia. Aldo Albert Benini

In Koina leben etwa 1500 Angehörige des aus Mali zugewanderten Serahull-Stammes. Wie in vielen westafrikanischen Stammesgesellschaften finden wir hier eine Schichtung in Freigeborne, rituell gesonderte Handwerkerkasten und Sklaven. Dorfchef und islamischer Dorfgeistlicher sind frei geboren, der Ausrufer ist ein Lederarbeiter, der von der Regierung eingesetzte Flurwächter ein Sklave. Obwohl die Unterschiede zwischen ihnen beträchtlich sind, wird ihre gemeinsame Armut doch vom Gegensatz zum reichen Händler überschattet.

lich fünfmaligen Weg zur Moschee bedeutsam informiert, hält Amara über das Dorfgeschehen auf dem laufenden.

Reich - einflussreich

Denn Amara ist Händler, Negotiant, ein Ruheloser, der vieles an vielen Orten zugleich und Besseres als Dorfklatzsch zu tun hat. Trotzdem und gerade darum ist er im Dorfe überall gegenwärtig. Von den sorglos unregelmäßig oder im Halbkreis angeordneten strohbedeckten Rundhütten, und mehr und mehr auch, Wellblechhäusern der anderen 45 Gehöfte sticht sein mit der Strenge eines römischen Militärlagers rechteckig und weitmächtig erbautes Anwesen eigentümlich ab. In seiner Mitte gemahnt ein aussergewöhnliches Gebäude, dessen Zweckbestimmung schwer zu erraten ist, an den Musikiosk französischer Parks. Hier und nicht etwa, wie es sich geziemt, beim Dorfchef halten die Vertreter der Regierungsdienste: Amara ist reich genug, um sie zu bewirten.



Farbige Sklaven sortieren Erdnüsse Auch Erdnussöl bringt Macht

Erdnussrenten. Die Jungen und die ganz Armen haben vollends das Nachsehen.

Zwischen Wohlthätigkeit ...

Spät abends sitzt wir auf Matten im Hof eines Nachbaranwesens und plaudern mit einem Maurer aus Guinea. Er konstruiert im Auftrag und auf Rechnung Amaras ein einfaches Gebäude, in dem die Schwangerenbetreuung durch eine schwedische Rotkreuzschwester stattfinden soll. Amara versteht sich als Wohlthäter, gewichtig meint der Maurer: «C'est Amara qui fait faire cet hôpital». In kurzen Abständen wird es nun hell, von weit her huschen die Lichtkegel von Amaras Wagen die geflochtenen Zäune entlang. Für den Europäer, den die ungewohnte Ruhe des afrikanischen Dorfes bei längerem Aufenthalt schon etwas bedrückt, hat der Autolärm etwas Tröstliches. Für die Dörfler springt ab und zu eine unentgeltliche Mißfahrgelegenheit nach Fatoto heraus. Dort finden wir Krethi und Plethi, Kraut und Rüben in Amaras Laden. Senegalesen kauft bei ihm, da sich der Schmuggel wegen der unterschiedlichen Zolltarife der beiden Länder lohnt. Wir Europäer sind

froh, etwas Kühles aus seinem petroleumbetriebenen Eisschrank zu trinken. Mitunter weiss er uns durch einen Gratisdrink zu verpflichten.

Daneben wirkt er als Viehverkäufer. Der einzige fahrtüchtige Lastwagen im Bezirk ist sein. Ist der Postmeister abwesend, so nimmt er die Post für den Bezirk in Empfang. Des Englischen ein bisschen mächtig - viele Briefe sind ohnehin in arabischer Schrift gehalten - erledigt er für Koina gleich einen Teil der Korrespondenz mit.

... und Korruption

Doch ist das alles nur die Spitze eines Eisbergs. Der Kulak wäre nicht so mächtig, fände er nicht im modernen politischen System genug Interessenten. Man findet ihn im Büro des obersten Beamten der Provinzregierung ebenso wie bei den Vorgesetzten des senegalesischen Grenzschützes, wo er, anstelle des ohnmächtigen Dorfchefs, gegen die Belästigung von Frauen, die im senegalesisch-gambischen Niemandland Sumpfreis anbauen, erfolgreich protestiert. Bei der Verteilung von Getreide - Gambia wird als Sahel-Nordstandgebiet klassifiziert - fallen für Koina 2 Sack pro Anwesen ab; vor aller Augen besticht Amara die Aufsichtsbeamten, die nun die Ration auf einen Sack kürzen und die gesparten 50 Säcke oder so für Amara irgendwohin verschieben. Die Dorfbewohner schimpfen wie die Rohrspatzen, doch unternimmt keiner etwas, in der richtigen Erkenntnis, dass er sich damit tiefer ins eigene Fleisch schneidet, solange Amara und die Dorfbehörden unter einer Decke stecken. Zum Trost lässt der Kulak dann am religiösen Kitimo-Fest einen Ochsen für alle schlachten.

Mit kaufmännischem Scharfsinn ...

In die Angelegenheiten der von unserer Gruppe betreuten Reisbaugenossenschaft mischte er sich lange Zeit nie offen ein. Im Frühjahr 1974 geriet das Projekt in eine ernste Krise. Durch Pumpendefekt ging eine volle Ernte verloren, eine zweite konnte sich nur dank ausgiebigen Regenfällen halten.

Aus strukturellen Gründen, die hier nicht erörtert werden können, haben es Bauerngemeinden ohnehin schwer, in geordneten Verfahren kurzfristig und verbindlich Entscheidungen zu erarbeiten. In der Verbitterung jedoch über das für teure Ersatzteile, die von unfähigen Monteuren verdorben wurden, unnütz ausgegebene Geld verließen die Dorfversammlungen besonders turbulent, und über fällige Massnahmen konnte man sich nie einigen. Da trat Amara auf den Plan: er nahm, während die Dorfbewohner schwiegen, das Gespräch mit Vertretern des Landwirtschaftsdepartements völlig in seine Hand. Dabei bewies er guten kaufmännischen Scharfsinn und die Fähigkeit, das anstehende, recht komplexe Problem in mehrere Unterprobleme aufzulgliedern und so entscheidbar zu machen. Wenig später eröffnete uns der Präsident der Reisbaugenossenschaft, er und Amara planten, eine grosse private Reisfarm zu errichten.

... zum Bündnispartner der reichen Länder!

Vielleicht werden in einigen Jahren Besucher Koinas, auf den Spuren der von ausländischen Entwicklungshelfern in oft mühsamer Gemeinwesenarbeit hochgepäppelten Reisfarm, feststellen, dass diese mittlerweile ebenfalls privatisiert wurde. Interessenten, die den Besitzer sprechen möchten, wollen bitte die Rohrspatzen, doch unternimmt keiner etwas, in der richtigen Erkenntnis, dass er sich damit tiefer ins eigene Fleisch schneidet, solange Amara und die Dorfbehörden unter einer Decke stecken. Zum Trost lässt der Kulak dann am religiösen Kitimo-Fest einen Ochsen für alle schlachten.

Europäer, die dem Entwicklungshilfedanken wohlgesonnen sind, betonen gerne den Gegensatz zwischen städtischen Eliten und den armen ländlichen Massen in der dritten Welt. Das ist eine romantische Halbwahrheit. Ein Kenner armer Bauernschaften hat demgegenüber umlängst den Verdacht geäußert, daß mit zunehmender Schärfe des Welternährungsproblems auch für die kapitalistischen Industriegesellschaften die Kulaken der dritten Welt als direkt zu beeinflussende Bündnispartner interessant werden. Die sogenannte Grüne Revolution legt ähnliche Schlüsse nahe. Warum sollten wir hier nicht bald Koinas Reis essen?

es eben nur in unserer Gesellschaftsordnung möglich ist.

Nein, Frau C. V. in P., Sie brauchen keine Angst zu haben, dass nach der Ablehnung der Fristenlösung durch den Nationalrat nun der Kanton Appenzell-Außere Rhoden mit seinen Kurpfuschern zu einem Abtreibungs-Eldorado für Schweizer Frauen wird. Stände- und sonst nicht -rat Raymond Broger, d. h. die Appenzeler Regierung, bereitet eben einen Gesetzentwurf vor, nach dem nur noch Abtreibungen an Frauen vorgenommen werden dürfen, die seit mindestens 50 Jahren im Kanton wohnhaft sind.

Sie möchten wissen, Herr R. G. in Bern, ob man jene Parlamentarier, die für die Kürzung des EMD-Budgets um 80 Mio. Fr. gestimmt haben, nicht vor Divisionsgericht stellen könne. Das wäre zwar vom Standpunkt der Landesverteidigung her durchaus zu begrüssen, scheidet aber an der parlamentarischen Immunität. Dasselbe gilt im übrigen auch für Bundesräte, welche durch ungeschicktes Vorgehen den Wehrwillen schwächen.

Herr F. J. S. in Bayern, Die Gerichte, wonach ein schweizerischer Bundesrat, dessen Partei der Ihren nahesteht, Ihre im «Spiegel» abgedruckte Stothofener Rede zu Plagiaten missbrauchen wolle, sind aus der Luft gegriffen. Es sei zwar davon die Rede gewesen, doch habe man aus Formgründen davon abgesehen.

Der Verfasser, Student der Entwicklungssoziologie, hat elf Monate mit einem Entwicklungshelferteam in Gambia gelebt. Gambia ist ein westafrikanischer Mini-Staat, dessen von der englischen Kolonialherrschaft überlieferte Wirtschaftsstruktur durch die extreme Ausrichtung auf den Erdnussanbau und -export sowie durch die Vernachlässigung der Nahrungsmittelproduktion für den einheimischen Gebrauch gekennzeichnet ist. Mehrere Aufenthalte in einem Dorf, in dem die Gruppe ein grösseres Bewässerungsprojekt (Reis) betreute, verschafften dem Verfasser einen lebensnahen Einblick in die Klassenstruktur der westafrikanischen Bauernschaft. Hier wird eine ganz spezielle Erscheinung herausgegriffen, von der sich der unbeflegte Europäer kaum eine Vorstellung machen kann: der Kulak, der reiche Bauer und Dorfbonze.

Jeden Morgen verlässt Alhadji Amara Gumaneh - der Ehrentitel «Alhadji» verrät den beständigen Mekkapilger - im einzigen Wagen, den es im Dorf gibt, Koina, um seinen «Shop» im 8 km entfernten Bezirkshauptort Fatoto zu erreichen. Zurück bleiben seine Frauen und Kinder, die im Verband mit weiteren Unterfamilien seines riesigen Anwesens der harten bäuerlichen Arbeit nachgehen. Sie werden darin angetrieben - man hört die Schelte durchs ganze Dorf - vom ältesten Bruder Amaras, einem saueröpfischen Koranlehrer, dem nach herkömmlichen Regeln der Abkunft und Vererbung das Anwesen (87 gute) formell untersteht. Er, auf seinem täg-

In dieser Spalte veröffentlicht «das Konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, da möglichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung des Verfassers wieder. Rücksendeadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

Franken, die für diese Plastik eingesetzt sind, gegen die massive Erhöhung des Schulgeldes aus. Wenn sie die geringste Ahnung von finanzpolitischen Abwicklungen hätten, wüssten sie, dass - auch wenn die 100 000 Franken an der Plastik gekürzt werden - diese deshalb nicht einer Schulgeldkürzung zugute kämen. Sie sprechen von Geldverschwendung, die den Bürgern der Region zugemutet werde, fragen sich aber nicht, ob es nicht auch Geldverschwendung sei, wenn Parkplatzvergrösserungen gefordert werden, damit jeder mit seinem eigenen Auto anfahren kann.

Die Studenten von Muttenz schaden mit der Ablehnung der Plastik nicht einem einzelnen Künstler, sondern der ganzen Kunstlerschaft in der Schweiz, die ohnehin einen schwierigen Stand hat. Da kämpfen die Künstler seit Jahren dafür, dass ihnen endlich 1% der Baumsome an öffentlichen Bauten für künstlerischen Schmuck gesetzlich zugestanden wird. Und da muss sich eine engdenkende Schüler- und Lehrerschaft ausgerechnet gegen diese existentiell wichtige Forderung einer Minderheit wenden. Wenn die Einwendungen wenigstens noch Hand und Fuss hätten. Aber was ist in der öffentlichen Diskussion mit dem Künstler gegen die Erstellung der Plastik eingewendet wurde, war zum Teil hanebüchsen. Da hat einmal einer davon gelesen, dass der Künstler eine Plastik ähnlichen Ausmasses im Ausland aufgestellt hat, und schon schliesst er - übrigens ein Dozent - mit scharfer Logik und technischer Intelligenz, es könne nur ein Abguss derselben sein. Er braucht wohl weniger Gedanken und Überlegungen, selber einen Mondbrunnen - ein Projekt, das die Studenten nun gegen die Jury gutgeheissene Plastik ausführen wollen - herzustellen, als sich zu überlegen, was dieser Fall kulturpolitisch bedeutet. Ein Kampf gegen eine Minorität ist immer ein besonderes Vergnügen!

Übrigens, was würden diese zukünftigen Techniker sagen, wenn zur Herstellung einer Maschine ein Gärtner beigezogen würde, der in seiner Freizeit mit einem Meccano bastelt, ihnen Konkurrenz machen oder gar die Stelle wegnehmen würde? T. G. in Z.

echo

Pressefreiheit

Leserbrief «Verschiedene Belästigungen» von W. M. in W., «das Konzept» Nr. 2/75, Febr. 75

Willy Matzinger (Wallisellen) setzt sich in seinem Leserbrief mit unserer Unterzeichnung über schweizerische Presseprozesse (vgl. Januar-Nummer des «Konzepts») auseinander. Er wirft uns vor, bewusst «die Linke als Kläger und Knebler der Pressefreiheit» auszuklammern. Wie so oft liegt Matzinger auch mit dieser Unterstellung völlig schief. Pressefreiheit beinhaltet nach dem gängigen Verständnis die Freiheit vor staatlichen Eingriffen in die Meinungsäusserungsfreiheit. Uns ging es darum, solche staatlichen Behinderungen zu dokumentieren. Etwas völlig anderes ist der Schutz des Individuums vor ungerechtfertigten Angriffen in den Medien. Wie wir ausdrücklich geschrieben haben, interessieren uns diese Fälle von Ehrverletzungen nicht. Für uns versteht es sich von selbst, dass der Persönlichkeitsschutz zu gewährleisten ist - seien nun «Linke» oder «Rechte» von irreführenden Pressemeldungen betroffen. Sämtliche von Matzinger aufgezählten Fälle, die wir angeblich unterschlagen haben, betreffen den Persönlichkeitsschutz und nicht die Pressefreiheit als Freiheit vor staatlichen Massnahmen. Als ich, oder auch ein publizistikwissenschaftlicher Dissertation arbeitet, sollte Matzinger dieser Unterschied eigentlich gefällig sein. Arbeitsgruppe Medienkritik

zusammen, so fragen sie sich folglich, was Schwule denn in ihrem Kopf so Gleiches sinnen - und schon sind diese «Gleichgesinnten» wieder einmal im gleichen Topf: Sie denken gleich, handeln gleich, fühlen gleich, lieben gleich; sie sind überhaupt gleich, das gleiche Pack. Und gleich sind sie mit dem Etikett «Homos» klassifiziert oder, wie moderne Soziologen - wie Dannecker und Reiche - sagen, stigmatisiert.

Also, liebe «Schwestern», gebraucht doch statt des übertragene Ausdrucks gleich das eigentliche Wort! Beginnt eure Kontaktanzeige etwa mit dem Satz: «Suche einen (nach freier Wahl) invertierten, unmissischen, kinädischen, homosexuellen, homophilen, homoerötischen, homotropen, androphilen, wämen, schwulen, halbseidenen, hinterladenden, spinatsechenden Freund.»

Dann bekommt ihr einen Freund, mit dem ihr auch sinnlich kommunizieren könnt. P. S., Basel

Keine Geldverschwendung!

«Darf Kunst als Make-up dienen?» «das Konzept» Nr. 11/74 November 1974

Es ist gut, dass sich in «das Konzept» Studentengruppen zu den verschiedenen Problemen der schweizerischen Hochschulpolitik, die sie betreffen, äussern können. Wenn allerdings dieses Problembewusstsein und die damit verbundene politische Haltung zum einzigen Ziel haben, Antikulturpolitik zu treiben, finde ich dies fragwürdig und pubertär.

Die Abteilung Maschinenbau am Technikum beider Basel in Muttenz führt ihren studentenpolitischen Kampf gegen die Erstellung einer Plastik von Wilfrid Moser vor dem neuen Technikum. Die Studenten spielen die 100 000



«das Konzept» betrachtet einzelne Geschehnisse und Probleme nicht für sich, sondern stellt sie in ihren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. «das Konzept» fragt nach dem Wie und Warum, nach den Hintergründen. «das Konzept» kommentiert aus einer kritischen Sicht. - Brauchen Sie nicht etwas mehr «konzept», neben Ihrer Tageszeitung, die bloss Information neben Information stellt?

Abonnement: Pro Jahrgang Inland 15 Fr., Ausland 18 Fr. Wenn Sie jetzt bestellen, läuft Ihr Abonnement aus technischen Gründen bis Dezember 1975 (8 Nummern) (Post. Nr. 11 - (Ausl. Nr. 14 -)). Spezialpreis für Schüler und Lehrende (30% Rabatt): Fr. 7.- (Kopie des Ausweises belegen).

Talon einenden an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Name, Vorname: _____ Pl. Z. Ort: _____

Strasse, Nr.: _____

Abonniert «das Konzept» bis Dezember 75

Beruf: _____ Datum: _____

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten*/durch Zusendung*/Kiosk*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort*:

(* Zutreffendes unterstreichen)

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten:

019 k 75/3

Tages-Anzeiger



Wir haben vielen vieles zu sagen.

Geschäftssitz: Zürich 4, Werdstrasse 21
Briefe: Postfach, 8021 Zürich
Verlag Abonnements, Inserate 01/39 30 30, Telex 56 158
Aufgabe von Kleininseraten 01/39 40 40, Telex 56 188
Redaktion 01/39 50 50, Telex 54 163

Auslandpreise: Lit. 200, DM - 80, Pts 90
Abonnementpreise auf Seite 18
Grundpreis für Inserate: Der Lsp. mm (27) Fr. 1.23
Stellen (36) Fr. 2.01, Reklamen (57) Fr. 5.13
(Ausland 1.71/2.75/7.44) Rabatte gemäss Tarif

Max Frisch liest den Tages-Anzeiger. Sucht er einen Gebrauchtwagen?

In einem Brief, den Max Frisch uns geschrieben hat, fand er lobende Worte für das Magazin, das jeden Samstag dem Tages-Anzeiger beiliegt. Es erfülle sowohl in der Wahl der Themen wie in der Schreibweise die zentrale Aufgabe einer Zeitung, nämlich kritische Aufklärung. Das hört man gern. Aber weil das Magazin eine Beilage des Tages-Anzeigers

ist, nehmen wir an, dass Max Frisch manchmal auch einen Blick aufs Weltgeschehen werfen will oder auf die Ereignisse in der Schweiz und in Zürich. Oder dass er wissen will, um wieviel Uhr der neue Fellini beginnt und wann der neue Dürrenmatt gespielt wird. Kein Mensch lebt nur zwischen zwei Buchdeckeln.

Kurz, wir meinen, der Tages-Anzeiger sei eine Zeitung, die einem Intellektuellen gute Dien-

ste leistet. Vor allem auch, weil sie nur dort intellektuell ist, wo es am Platz ist, und nicht dort, wo es einen Tatbestand unnötig kompliziert. Und weil sie kein Parteiblatt ist, sondern auch gegensätzliche Meinungen zum Wort kommen lässt.

Zum Zeichen dafür, dass uns an Studenten, die den Tages-Anzeiger lesen, viel liegt, bekommen Sie ihn 30% billiger. Mit dem gesparten Geld kaufen Sie sich vielleicht ein Buch von Frisch, der so nett war, uns das Briefzitat zu erlauben.

Coupon

Ich möchte es Max Frisch gleich tun und den Tages-Anzeiger lesen.

Vorerst 3 Wochen gratis zur Probe.

3 Wochen gratis und nachher im Abonnement mit 30% Rabatt.

Ich wähle folgende Zahlungsart (die 30% Studentenrabatt sind bereits abgezogen):

- Fr. 5.85 für 1 Monat
- Fr. 33.40 für 6 Monate
- Fr. 16.85 für 3 Monate
- Fr. 66.05 für 1 Jahr

Name: _____

Fakultät: _____ Semester: _____

Strasse: _____

Plz., Ort: _____

Bitte ausschneiden und senden an: 7401

Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

